

Albert Müller und der Zusammenbruch der Backnanger Gewerbebank

Von Bernhard Trefz

Im Frühsommer 1874 gab es in Backnang nur ein Thema, das die Gemüter der Einwohner erregte: Die Flucht des Kassiers der zehn Jahre zuvor gegründeten Gewerbebank, Albert Müller, der am 15. Mai d. J. im Ausland untertauchte, nachdem er die schier unglaubliche Summe von fast 300 000 fl unterschlagen hatte.¹ Dies traf nicht nur die dafür haftenden Genossenschafter der Bank schwer, sondern führte auch dazu, dass die Backnanger Wirtschaft eine ihrer schlimmsten Krisen erlebte und zahlreiche Betriebe in Konkurs gehen mussten. Gleichzeitig entwickelte sich der Vorfall zum ersten großen Medienereignis Backnangs, da der zu dieser Zeit dreimal wöchentlich erscheinende „Murrthal-Bote“ in aller Ausführlichkeit darüber berichtete und somit für die Bevölkerung – neben der Mund-zu-Mund-Propaganda – die wichtigste Informationsquelle darstellte.² Wer war nun der Mann, der diese verhängnisvolle Affäre auslöste?

Zur Person Albert Müller

Albert Theodor Müller wurde am 29. März 1825 in Backnang als Sohn des angesehenen Stadtarztes Dr. Johann Albert Müller (1788 bis 1856) und dessen Frau Christina Magdalena

geb. Lederer (1798 bis 1829) geboren.³ Nach Beendigung seiner Schulzeit ging er vom 1. September 1841 bis 1. September 1844 bei seinem Onkel, dem Backnanger Kaufmann Christian Friedrich Veitinger (1797 bis 1849)⁴, der gegenüber dem Rathaus (heute: Adler-Apotheke/Marktstraße 29) einen Kaufladen betrieb, in die Lehre. Nach Abschluss der dreijährigen Lehrzeit wurde er von Veitinger übernommen, ehe er im August 1848 zur Fa. Nestel nach Stuttgart wechselte, bei der er bis Dezember 1849 verblieb. Für kurze Zeit kehrte Müller dann nach Backnang zurück, um seiner Tante Sophie Veitinger (1802 bis 1855)⁵ nach dem Tod ihres Mannes im Kaufladen zu helfen. Im April 1850 verließ er das Königreich Württemberg und ging zunächst in die Schweiz und anschließend nach Leipzig, ehe er im Sommer 1852 schließlich endgültig nach Backnang zurückkehrte.⁶ Hier erwarb Müller am 22. Juni 1852 von seiner Tante Sophie Veitinger für 15 000 fl den Kaufladen in der Marktstraße mitsamt den zugehörigen Nebengebäuden (Schweinestall, Waschhaus und Scheuer).⁷ Einen Monat später übernahm er ganz offiziell das Geschäft seiner Tante und empfahl im „Murrthal-Boten“ sein *neu assortirtes Waarenlager zu ermäßigten festen Preisen*.⁸

¹ Diese Summe entsprach sechs Mal dem damaligen Wert der Backnanger Stiftskirche (50 000 fl) oder mehr als zehn Mal dem damaligen Wert des Rathauses (28 000 fl). StAB Bac V 006-7, Bl. 853 u. 939. Stadtschultheiß Christian Schmückle hätte mit seinem jährlichen Gehalt von 1540 fl gar fast 200 Jahre arbeiten müssen, um diese unglaubliche Summe zusammen zu bekommen. StAB Bac R 001-181, S. 176.

² Eine – leider nicht ganz vollständige – Zusammenstellung der im „Murrthal-Boten“ erschienenen Nachrichten zum Zusammenbruch der Gewerbebank in: Spurlos mit dem Bargeld verschwunden. Der Backnanger Gewerbebank-Krach im Jahre 1875. – In: Unsere Heimat. Heimatbeilage der Backnanger Kreiszeitung, Nr. 5-7 (Oktober-Dezember 1974).

³ Burkhart Oertel: Ortssippenbuch der württembergischen Kreisstadt Backnang, Bd. 2, Neubiberg 2001, S. 172 (Nr. 5403) u. 174 (Nr. 5432). Zu Dr. Johann Albert Müller siehe auch: Karlmann Maier: Vom Aderlaß zum Laserstrahl. Chronik der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum am Beispiel des Oberamtes Backnang, Backnang 1993, S. 71-76 u. Karl Bruder: Heimatgeschichtliche Aufsätze und Vorträge, Backnang 1974, S. 223f.

⁴ Oertel (wie Anm. 3), S. 254 (Nr. 6508).

⁵ Ebd.

⁶ StAB Bac Z 031-16, Bl. 7f.

⁷ StAB Bac K 001-53, S. 330-334.

⁸ Murrthal-Bote (MB) vom 3. September 1852, S. 564. Eduard Breuninger (1854 bis 1932), der spätere Kaufhausgründer in Stuttgart und Backnanger Ehrenbürger, ging vom 1. April 1868 bis Frühjahr 1871 bei Albert Müller in die Lehre und beschrieb den Kaufladen als *erstes Geschäft am Platze*. Das Breuninger Buch, Stuttgart 1931, S. 141.



Blick vom Platz „Am Rathaus“ Richtung Untere Marktstraße Ende des 19. Jh. mit dem ehemaligen Kaufladen von Albert Müller (hier schon: Untere Apotheke).

Das für ihn überaus ereignisreiche Jahr 1852 hatte schließlich am 13. November einen weiteren Höhepunkt, als er erfolgreich seine Meisterprüfung ablegte und man ihn in die 1830 neu gegründete Backnanger Kaufleute und Krämer Innung aufnahm, in deren Vorstand und zu deren Rechner er dann am 17. Januar 1860 gewählt wurde.⁹

Die Wertschätzung, die Albert Müller, der am 9. August 1855 in Tübingen Ernestine Luise Emilie Baur (1831 bis 1910), die Tochter des dortigen Kaufmanns Gustav Friedrich Baur, geheiratet hatte¹⁰, bei den Bürgern Backnangs genoss, zeigte sich u. a. in zahlreichen Ehrenämtern, die er übernahm: Am 2. Oktober 1856 wählte man ihn erstmals in den Bürgerausschuss, dem Müller bis 1858 und erneut von 1863 bis 1865 angehörte.¹¹ Im Dezember 1860

bescheinigte ihm zudem der Backnanger Gemeinderat, dass er *gut prädicirt* sei, also einen guten Ruf besitze, und ein Vermögen von *ohngefähr 20 000 fl* habe.¹² Um den Bau einer Eisenbahnlinie nach Backnang voranzutreiben, rief man 1864 ein *Comité* ins Leben, dem neben Stadtschultheiß Christian Schmückle (1797 bis 1885)¹³ mehrere Mitglieder des Gemeinderats und des Bürgerausschusses angehörten. Als einen der drei Bürgerausschuss-Vertreter berief man Albert Müller, was seine damalige Reputation nur unterstreicht.¹⁴ Doch damit nicht genug: Bei der am 27. Dezember 1865 vorgenommenen Ergänzungswahl des Gemeinderats erzielte Albert Müller das zweitbeste Ergebnis, wurde auf sechs Jahre gewählt und trat dem Gremium am 12. Januar 1866 offiziell bei.¹⁵ Als

⁹ StAB Bac Z 031-16, Bl. 7f u. Z 032-19, S. 1. Zur Gründung der Innung am 8. Mai 1830 siehe: StAB Bac Z 031-10.

¹⁰ Oertel (wie Anm. 3), S. 174 (Nr. 5432).

¹¹ StAB Bac G 001-59, Bl. 444b u. Bac G 001-61, Bl. 520ff.

¹² Ebd., Bl. 120b.

¹³ Oertel (wie Anm. 3), S. 174 (Nr. 5432).

¹⁴ StAB Bac G 001-62, S. 276.

¹⁵ Ebd., S. 812f.

Gemeinderat übernahm Müller zahlreiche Funktionen, u. a. gehörte er dem am 1. Februar 1867 gegründeten *Gewerbeschulrath für die hiesige gewerbliche Fortbildungsschule* an.¹⁶ Den Höhepunkt seiner kommunalpolitischen Tätigkeit stellte sicher die Wahl in die Amtsversammlung des Oberamtes Backnang (vergleichbar mit dem heutigen Kreistag) am

fach vertraute. Deshalb kann es auch nicht verwundern, dass er im Jahr 1864 Gründungsmitglied der Backnanger Gewerbebank war und sofort den wichtigen Posten des Kassiers übertragen bekam – eine Entscheidung, die sich zehn Jahre später als fatal erweisen sollte.

Die Backnanger Gewerbebank

Die Geburtsstunde der Backnanger Gewerbebank schlug am 21. April 1864, als auf Anregung des Gewerbevereins die Gründungsversammlung stattfand und die Statuten beschlossen wurden. Danach sollte es der Hauptzweck der Bank sein, *den Mitgliedern die zu ihrem Geschäftsbetrieb erforderlichen Geldmittel zu verschaffen*.¹⁸ Hintergrund für die Einrichtung einer solchen Institution war, dass für die aufstrebenden Handwerks- und Gewerbebetriebe in Backnang vor Ort kaum Möglichkeiten bestanden, sich größere Geldbeträge für etwaige Betriebserweiterungen zu einigermassen günstigen Konditionen zu beschaffen, seit im Februar 1861 die 1856 gegründete Oberamtssparkasse *wegen des alljährlich Deficits* wieder aufgelöst worden war.¹⁹ Die nötigen Finanzmittel sollten über *regelmäßige Beiträge* der Mitglieder und aufzunehmende *Anlehen* besorgt werden.²⁰ Bis zum Zusammenbruch im Jahr 1874 gehörten der Gewerbebank insgesamt 620 Mitglieder und Einleger an, die aus allen sozialen Schichten der Stadt und der näheren Umgebung stammten.²¹

B a c k n a n g.

Empfehlung.

Hiemit zeige ich ergebenst an, daß ich mein Geschäft meinem Neffen, Herrn **Albert Müller**, käuflich überlassen habe.

Indem ich für das mir während einer langen Reihe von Jahren bezeugte Wohlwollen freundlich danke, bitte ich, dasselbe auch auf meinen Nachfolger zu übertragen.

Den 22. August 1852.

Sophie Veittinger.

Auf obiges höflich Bezug nehmend, mache ich die ergebene Mittheilung, daß ich das Geschäft meiner Tante am heutigen Tage übernommen habe, und dasselbe unter meinem Namen auf eigene Rechnung fortführe. Ich empfehle mein neu assortirtes Waarenlager zu **ermäßigten festen Preisen**, und werde stets bemüht seyn, durch reelle Bedienung und geschmackvolle Auswahl das dem Geschäfte seit her geschenkte Zutrauen zu erhalten.

Den 22. August 1852.

Albert Müller.

Bekanntmachung der Übergabe des Kaufladens von Sophie Veittinger an ihren Neffen Albert Müller mit gleichzeitiger Geschäftsempfehlung (MB vom 3. September 1852).

23. Juni 1871 dar, in der er zusammen mit Stadtschultheiß Schmückle und zwei weiteren Gemeinderäten die Interessen der Stadt Backnang für ein Jahr vertrat.¹⁷

All diese Funktionen verdeutlichen eindrucksvoll, dass Albert Müller zu den angesehenen Bürgern Backnangs gehörte, denen man ein-

22 **B a c k n a n g.**

Die **Gewerbebank** nimmt gegen billigen Zinsfuß größere und kleinere Anlehen auf längere oder kürzere Zeit auf, und wird der Cassier Kaufmann Müller nähere Auskunft ertheilen.

Der Ausschuß.

Werbeannonce der neugegründeten Gewerbebank (MB vom 6. Juni 1864).

¹⁶ Ebd., S. 1247f.

¹⁷ StAB Bac G 001-64, S. 233.

¹⁸ StAB Bac H 021-10; MB vom 2. Mai 1864, S. 255.

¹⁹ MB vom 1. Juli 1856, S. 417f u. 23. April 1861, S. 257. Vgl. auch: Georg Eschenbächer: Um kleine Ersparnisse zu sammeln. Am 1. Juli 1856 nahm die Oberamtssparkasse ihre Tätigkeit auf. – In: Unsere Heimat. Beilage zur Backnanger Kreiszeitung, Nr. 5, 1976.

²⁰ StAB Bac H 020-10.

²¹ MB vom 29. April 1875, S. 195. Zur Mitgliederstruktur siehe; StAB Bac H 021-10.

Geleitet wurde die Gewerbebank von einem Ausschuss, dem unter dem Vorsitz von Reallehrer Gottlieb Gutscher (1822 bis 1871), dessen Neffe, Kassier Albert Müller, Schriftführer Kaufmann Carl Weismann (1825 bis 1896) sowie sechs weitere prominente Backnanger Geschäftsleute – die Gerber Carl Kaess (1812 bis 1890), Friedrich Kaess (1814 bis 1896) und Jakob Breuninger (1813 bis 1872), der Apotheker Wilhelm Müller, der Buchbinder Jacob Stroh (1821 bis 1902) und der Seifensieder Jakob Übelmesser (1817 bis 1909) – angehörten.²² Damit fanden sich in der Gewerbebank genau die Leute an entscheidender Stelle wieder, die bereits den seit 1848 bestehenden Gewerbeverein dominierten.²³ Während es im Ausschuss in den nächsten Jahren durchaus personelle Veränderungen gab, blieb eine Konstante bis zur endgültigen Aufdeckung des Fiaskos im Jahr 1874 gleich – der Kassier in Person von Albert Müller, der bereits kurze Zeit nach Gründung der Bank mit zunächst kleineren Unterschlagungen begann.

Erste Unterschlagungen ab 1866

Eine gehörige Portion Mitschuld, dass die Unterschlagungen von Albert Müller zunächst unbemerkt blieben, muss man dem Ausschuss der Gewerbebank zuschreiben, der laut Statuten von 1864 *die Aufnahme von Anlehen für die Zwecke des Vereins und die Anfertigung und Unterzeichnung der hierüber auszustellenden Schuldscheine* vorzunehmen hatte. Die Kontrollfunktion des Ausschusses wurde in den folgenden Jahren allerdings immer mehr abgeschwächt, so dass eigentlich nur noch die drei Mitglieder des Vorstands, *Director, Kassier und Schriftführer* für das operative Geschäft der Gewerbebank zuständig waren.²⁴ Wäre Kassier Müller von seinen beiden Vorstandskollegen

und den restlichen Ausschussmitgliedern allerdings im Sinne der Statuten konsequent überwacht worden, hätte das Fiasko sicher abgewendet werden können. In der Realität sah es aber wohl so aus, dass die Schuldscheine zwar von allen abgezeichnet wurden, eine Überprüfung, ob das Geld letztlich tatsächlich bei der Gewerbebank einging, jedoch gar nicht oder nur oberflächlich stattfand. Damit waren Müller, dem man als angesehenem Geschäftsmann offensichtlich ohne Einschränkung vertraute, Tür und Tor geöffnet, um beträchtliche Summen zu unterschlagen.

Bereits im Jahr 1866, also keine zwei Jahre nach Gründung der Gewerbebank, begann Müller erste Beträge zu unterschlagen, die sich in zwei Jahren immerhin auf rund 26 000 fl summierten. Obwohl er diese Summe durch Rückzahlung aus eigener Kasse und durch neue Unterschlagungen zunächst kaschieren konnte, zeigt dies doch, dass die Kontrollmechanismen in der Gewerbebank von Anfang an nicht funktionierten. *Notariats- und Verwaltungs-Candidat* Karl Herbst, der im Jahr 1878 die *Regreß-Ansprüche der Genossen-schafter gegen die früheren Vorstands-, Ausschuß- & Controle-Mitglieder* zusammenstellte, fällte ein vernichtendes Urteil über das Kontrollsystem bei der Gewerbebank und betonte, *wie unverantwortlich es vom Ausschuß gehandelt war, blindlings Schuldscheine zu unterschreiben und die solidarisch haftbaren Mitglieder zu verpflichten, ohne sich nur auch die kleine Mühe zu nehmen, je einmal durch Einsicht des Kassabuchs sich zu überzeugen, ob das Geld auch richtig der Bank zugeflossen und vereinnahmt ist.* Müller sei dadurch ganz leicht in die Lage versetzt worden, *ungescheut Gelder zu unterschlagen und den Betrug zu einem förmlichen System seiner Amtsführung zu machen.*²⁵

²² Ebd.; Oertel (wie Anm. 3), S. 41 (Nr. 3658), 94 (Nr. 4370/71), 123 (Nrn. 4760 u. 4761), 243 (Nr. 6372), 252 (Nr. 6483) u. 265 (Nr. 6661). Bei Apotheker Wilhelm Müller handelte es sich um den 1836 in Backnang geborenen Stiefbruder von Albert Müller. Ebd., S. 172 (Nr. 5404). Er verzog im Jahr 1869 nach Göppingen und später nach Stuttgart. StAB Bac E 010-2, Nr. 589 u. Bac E 012-3, Nr. 245.

²³ Zur Geschichte des Backnanger Gewerbevereins siehe: 150 Jahre Gewerbeverein Backnang e. V. im Bund der Selbständigen e. V. – In: Sonderveröffentlichung der Backnanger Kreiszeitung vom 28. November 1998.

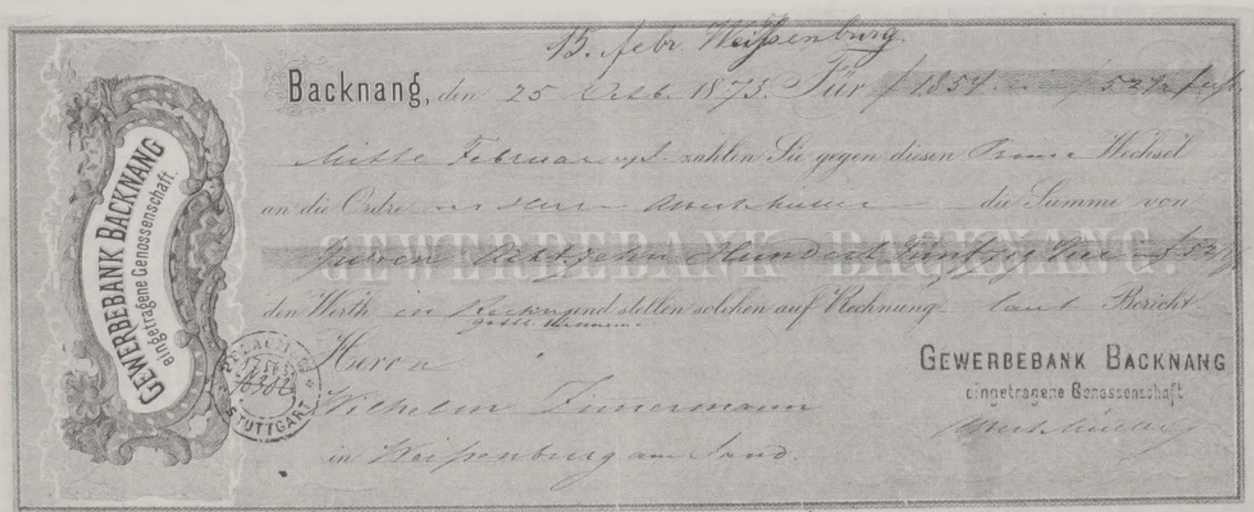
²⁴ StAB Bac H 021-10.

²⁵ Ebd. Backnang war in dieser Hinsicht jedoch beileibe kein Einzelfall, wie ähnlich gelagerte Fälle in Cannstatt, Langenau oder Kirchheim zeigen. MB vom 3. März 1877, S. 104.

Erste Verdachtsmomente und Satzungsänderung am 9. Juni 1872

Augenscheinlich gab es im Jahr 1872 erste Verdachtsmomente, die auf Unregelmäßigkeiten bei der Kassenführung der Gewerbebank hindeuteten. Allerdings fanden sie bei den Mitgliedern zunächst keinen Widerhall, da zu der für 2. Juni d. J. einberufenen *General-Versammlung* nicht einmal die nach den

1872 nicht nur als Kassier bestätigt, die gleichzeitig verabschiedete neue Satzung der Gewerbebank räumte ihm de facto sogar noch größere Machtbefugnisse ein, indem sie das Kontrollsystem weiter aushöhlte. Nun erfolgte die *Zeichnung für die Bank* nur noch durch ein *Mitglied des Vorstandes* (was theoretisch auch Müller sein konnte) und die Einlagen und Zahlungen der Mitglieder mussten sogar nur vom Kassier allein bescheinigt werden.²⁷ Damit



Eine von Albert Müller im Jahr 1873 ausgestellte Quittung für eine Einlage in der Gewerbebank Backnang.

Statuten vorgeschriebene Anzahl von Mitgliedern erschien, so dass man das Ganze eine Woche später wiederholen musste. Gleichzeitig mit der erneuten Einladung zur General-Versammlung erschien im „Murrta-Boten“ interessanterweise eine Anzeige, die den *uneigennütigen und gefälligen Kassier* Albert Müller als den *eigentlichen Gründer der Bank* bezeichnete, ihn gegen Verdächtigungen von *gewisser Seite* in Schutz nahm und andeutete, dass man ihn bei der kommenden Versammlung *womöglich zu verdrängen* versuche, was es zu verhindern gelte. Unterzeichnet war die Anzeige mit *mehrere Mitglieder und Freunde des Cassiers Müller*.²⁶

Offensichtlich erfüllte die Anzeige den ihr zugeordneten Zweck: Müller wurde am 9. Juni

versetzte man Müller, wenn auch sicher ungewollt, erst recht in die Lage, seine Betrügereien noch einfacher fortzuführen.

Der Betrug fliegt auf

Offensichtlich gab es in der Stadt bereits Gerüchte, daß *sein Cassenwesen nicht in Ordnung sei und daß er demselben nicht die erforderliche Aufmerksamkeit widme*,²⁸ so dass Albert Müller schließlich in einer Ausschusssitzung der Gewerbebank am 13. Mai 1874 seine Unterschlagungen eingestehen musste, wobei er die Gesamtsumme der Verluste mit *30 – 40 000 Gulden* bezifferte.²⁹ Bereits diese Summe und die Tatsache, dass ein angesehenes Mitglied der Gewerbebank und der

²⁶ MB vom 8. Juni 1872, S. 266.

²⁷ MB vom 25. März 1873, S. 137.

²⁸ StAB Bac G 001-64, S. 1376f.

²⁹ Ebd.

Backnanger Geschäftswelt ein solch kriminelles Verhalten zu Lasten aller Genossenschaftler an den Tag gelegt hatte, dürfte für die Ausschussmitglieder ein Schock gewesen sein. Dieser vergrößerte sich jedoch noch erheblich, als Müller zwei Tage später untertauchte und

K. Oberamtsgericht Backnang.
Zahlungssperre.

Sämmtliche Schuldner des Kaufmanns
Albert Müller von hier

werden andurch aufgefordert, ihre Schuldforderungen bei Vermeidung doppelter Zahlung an Niemanden anders, als den bestellten Güterpfleger

L. W. Feucht, Kaufmann hier zu entrichten, nachdem heute gegen den **z. Müller** wegen Verdachts der Ueberschuldung Vermögens-Untersuchung angeordnet worden.

Ebenso werden diejenigen, welche von **z. Müller** Wertpapiere in Händen haben, aufgefordert, solche nur an den vorbezeichneten Güterpfleger bei Vermeidung gleichen Nachtheils auszuliefern.

Den 16. Mai 1874.

K. Oberamtsgericht.
C l e m e n s.

Erste öffentliche Verlautbarung des Verdachts gegen Albert Müller (MB vom 19. Mai 1874).

sich schnell herausstellte, dass die von ihm genannte Summe bei weitem untertrieben war.

Spätestens mit der Flucht Müllers dürfte die Affäre zum Tagesgespräch in Backnang geworden sein und große Unruhe in der Bevölkerung ausgelöst haben. Am 16. Mai erließ das Oberamtsgericht Backnang eine *Zahlungssperre* gegen Albert Müller und erklärte, dass gegen ihn *wegen Verdachts der Ueberschuldung Vermögens-Untersuchung* angeordnet worden sei. Zwei Tage später folgte ein *Gläubiger-Aufruf*, der alle potentiellen Gläubiger dazu aufrief, ihre Forderungen *in ihrem eigenen Interesse jetzt schon* beim Gerichtsnotariat anzumelden. Gleichzeitig lud die Gewerbebank zu einer *Generalversammlung* ein, die am 25. Mai (Pfingstmontag)

im „Schwanen“ stattfinden und auf der die Öffentlichkeit über die Vorkommnisse aufgeklärt werden sollte.³⁰

Versuch der Schadensbegrenzung

Es ist nur zu verständlich, dass die Verantwortlichen in der Gewerbebank versuchten, das Ganze zunächst herunter zu spielen – wohl auch aus dem Grund, dass das gesamte Ausmaß der Katastrophe erst nach und nach sichtbar wurde. Im „Murrthal-Boten“ war zwar bereits am 19. Mai davon die Rede, dass Bücher und Kasse *in gar keiner Weise harmonieren*, trotzdem appellierte man an die betroffenen Gläubiger, sich *nicht beunruhigen* zu lassen, *da sie trotzdem um ihr Geld nicht kommen, also ihre Sorge völlig unnötig ist*.³¹

Dass diese Strategie in einem Klima der allgemeinen Verunsicherung und sich überschlagender Gerüchte nicht unbedingt erfolgreich war, beweist ein von 23 Mitgliedern der Gewerbebank unterzeichnetes Schreiben, das der Backnanger Stadtschultheiß Christian Schmückle bereits am 18. Mai bekommen hatte: Darin bat man ihn wegen seiner *reichen Erfahrung* und *Ruhe* darum, einer Vorbesprechung für die geplante Generalversammlung der Gewerbebank beizuwohnen.³² Da keiner der Ausschuss-Mitglieder der Gewerbebank zu den Unterzeichnenden gehörte, kann davon ausgegangen werden, dass verständlicherweise bei einigen Mitgliedern der Gewerbebank ein gehöriges Misstrauen gegenüber den Verantwortlichen aufgrund deren völligen Versagens bei der Überwachung von Kassier Albert Müller herrschte.

Wenigstens konnte der inzwischen steckbrieflich gesuchte Müller bereits wenige Tage nach seinem Verschwinden in Mailand gefasst werden. Er saß am 18. Mai im dortigen Bahnhofsrestaurant, wo er einem uniformierten Angestellten der italienischen Bahn auffiel, weil er ziemlich nervös erschien. Vermutlich dachte Müller, dass er einen italienischen Polizisten vor sich hatte und seine Verhaftung

³⁰ MB vom 19. Mai 1874, S. 233ff.

³¹ Ebd.

³² StAB Bac H 021-10.

unmittelbar bevorstand. Als eine weitere Person das Restaurant betrat, geriet Müller in Panik, stürzte sich in eine Ecke *und schoß sich mit seinem Revolver gegen den Kopf*. Unter Polizeibewachung lieferte man ihn schließlich ins örtliche Krankenhaus ein.³³ Derweil überschlugen sich die Ereignisse in Backnang.

Noch vor der General-Versammlung, die ja eigentlich erst Aufklärung bringen sollte, vermeldete der „Murrthal-Bote“ am 23. Mai die scheinbar frohe Botschaft, *daß es für die Mitglieder nicht so schlimm aussieht, als man anfänglich befürchtete*.³⁴ Offensichtlich hegte man zu diesem Zeitpunkt noch die Hoffnung, dass der Verlust aus dem Vermögen von Albert Müller gedeckt werden könnte. Entsprechend verbreitete sich auf der General-Versammlung der Gewerbebank zwei Tage später Optimismus: Da das Vermögen von Albert Müller auf ca. 115,000 fl eingeschätzt wurde, war man der Ansicht, dass das Defizit der Bank, *auch wenn es sich bis zu dieser nicht anzunehmenden Höhe erstrecken sollte, ganz gut von ihm selbst gedeckt werden kann*. Folgerichtig beschloss man den Fortbestand der Gewerbebank, allerdings mit der Einschränkung, dass eine *gewählte Commission Vorschläge über Aenderungen in der Stellung des Kassiers machen solle*.³⁵

Diese positiven Meldungen erwiesen sich als voreilig, es verdichteten sich recht schnell die Hinweise, dass die unterschlagene Summe weitaus höher war, als angenommen. Nun erwartete man plötzlich ein *Endergebnis der traurigsten Art*.³⁶ Somit dürften die Mitglieder der Bank weiter zwischen Hoffen und Bangen geschwankt und sich von einer erneuten General-Versammlung am 28. Juni im *Schwannensaal* endlich mehr Informationen erwartet haben. Auf der Tagesordnung stand allerdings nur ein einziger Punkt: *Abänderung der Statuten*.³⁷ Damit reagierte man – wenn auch

deutlich zu spät – auf die Kontrollmängel in den alten Statuten.

Änderung der Statuten

Die neuen Statuten, die am 1. Juli 1874 in Kraft traten, verfolgten nur eine Absicht, nämlich die Neuverteilung der Geschäftsbereiche im Vorstand in der Weise, dass der Kassier weniger Kompetenzen bekam und strenger überwacht wurde. Demnach hatte er nur noch die Kasse unter sich, Buchführung und Überwachung des Geldeingangs lagen von nun an beim Direktor der Bank. Außerdem hieß der dritte Mann im Vorstand ab sofort nicht mehr Schriftführer, sondern *Controleur*. Seine Aufgabe bestand darin, *die Bücher zu revidiren, Einträge und Belege zu vergleichen, sich namentlich vom Bestand der Kasse zu überzeugen und am Anfang jeden Monats öffentlichen Bericht darüber zu erstatten*. Der zwölfköpfige Ausschuss bekam den Auftrag, *die Geschäftsführung der Genossenschaft in allen Zweigen der Verwaltung zu überwachen, alle Vierteljahre regelmäßig und jährlich 1 bis 2 Mal außerordentlich eine Kassen-Revision vorzunehmen, auch die Jahres-Rechnung und die Bilanzen zu prüfen, wozu er einen Revidenten auf Kosten der Kasse aufstellen kann*.³⁸ Um auch nach außen hin zu dokumentieren, dass von nun an die Kontrolle an erster Stelle stand, änderte man den Namen des Ausschusses in *Aufsichtsrat*.³⁹ Auf einer erneuten General-Versammlung am 5. Juli sollte dann die *Wahl des Aufsichtsraths* vollzogen werden. Außerdem wurde ein *Bericht über das bis dahin ermittelte Resultat der Revision der Bücher* angekündigt, wobei man jedoch gleich einschränkend hinzufügte, dass ein *definitives Resultat* nicht zu erwarten sei, *da das zu verarbeitende Material wider alles Erwarten groß ist*.⁴⁰

³³ MB vom 19. Mai 1874, S. 235, 21. Mai 1874, S. 240 u. 9. Juni 1874, S. 267. Der italienische Bahnangestellte mit Namen Cosetti wandte sich übrigens schriftlich an die Stadt Backnang, um als Entdecker Müllers eine Belohnung zu bekommen. Ebd.

³⁴ MB vom 23. Mai 1874, S. 243.

³⁵ MB vom 28. Mai 1874, S. 248.

³⁶ MB vom 11. Juni 1874, S. 272.

³⁷ MB vom 23. Juni 1874, S. 290.

³⁸ StAB Bac H 021-10.

³⁹ MB vom 30. Juni 1874, S. 303 u. 13. Oktober 1874, S. 481.

⁴⁰ Ebd.

Backnang.
 Nächsten Sonntag den 5. Juli, Nachmittags 3 Uhr, findet im hiesigen
Schwanensaal
General-Versammlung der Gewerbe-
Bank

statt.

Tagesordnung :

- 1) Wahl des Aufsichtsrathes,
- 2) Bericht über die bisherigen Resultate der Revision der Bücher der Bank.

Der Vorstand.

Einladung zu einer Generalversammlung der Gewerbebank am 5. Juli 1874 im „Schwanen“ (MB vom 2. Juli 1874).

Eine General-Versammlung jagt die andere

Die mit Spannung erwartete General-Versammlung am 5. Juli im „Schwanen“ brachte neben der Wahl des Aufsichtsrates endlich Konkretes über die Höhe der Unterschlagungen. Die vom eingesetzten Revisor, Kaufmann August Schnell aus Mühlhausen/Thüringen vorgetragene Zahlen, die noch immer nicht das ganze Ausmaß der Katastrophe darstellten, ließen zumindest erahnen, dass für die Mitglieder ein viel größerer Schaden entstanden war, als bisher befürchtet. Demnach betrug die von Müller unterschlagene Summe plötzlich 207 000 fl! Dieser beträchtliche Betrag sollte folgendermaßen gedeckt werden: 115 000 fl aus dem Vermögen Albert Müllers und 50 000 fl aus den Geschäftsanteilen der Mitglieder nebst darauf gutgeschriebenen Dividenden. Das danach übrig bleibende Defizit von ca. 40 000 fl betrachtete man als *schwebende Schuld*, die aus den Überschüssen der nächsten 5-6 Jahre gedeckt werden sollte. Durch Verzicht auf Dividendenverteilung sollten schließlich auch

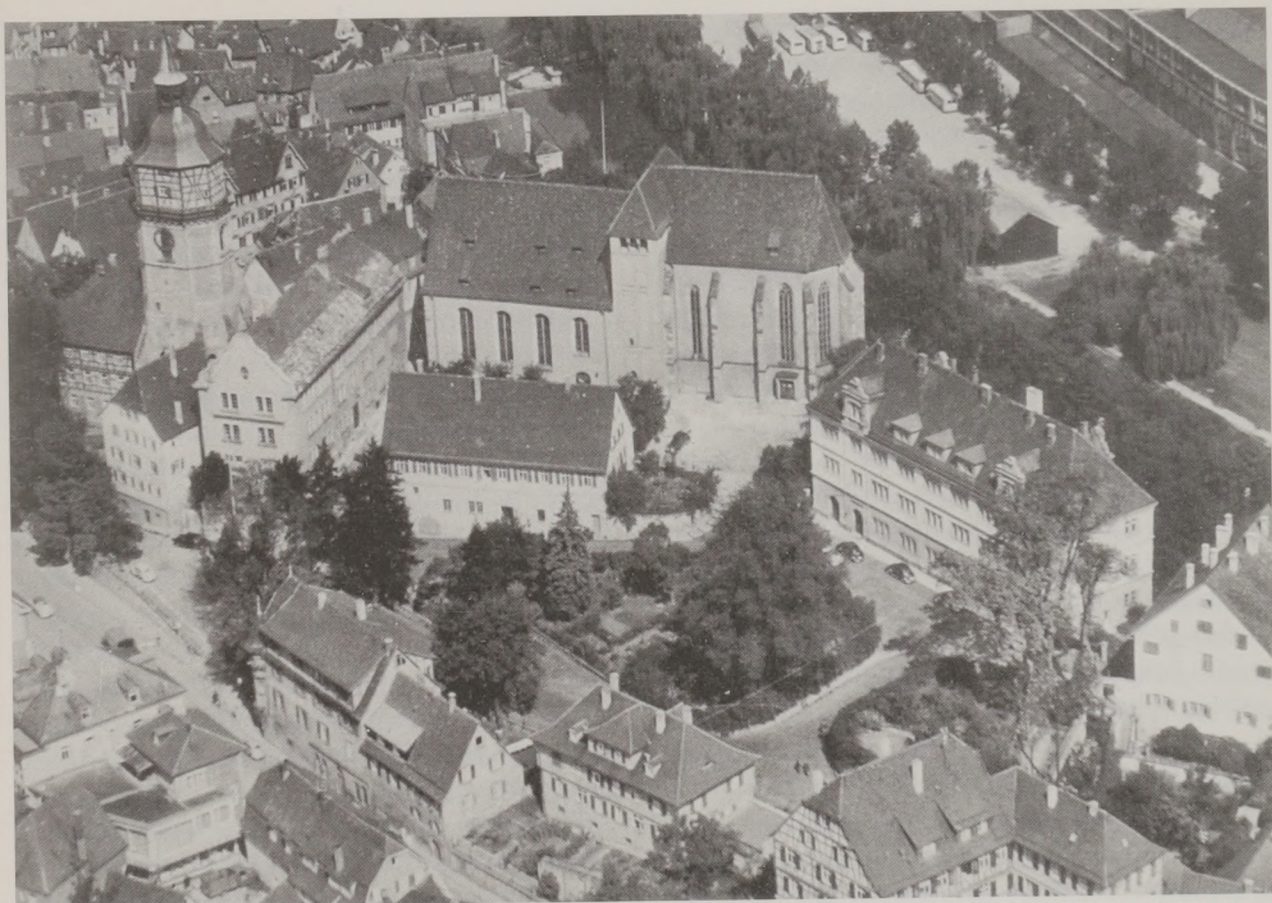
die 50 000 fl aus den Geschäftsanteilen wieder ersetzt werden. Um einen Massenaustritt der Mitglieder und damit den Zusammenbruch der Gewerbebank zu verhindern, fasste man außerdem den Beschluss, dass Mitglieder, die *vor Deckung des Defizits* austreten, nicht nur ihren bisherigen Geschäftsanteil verlieren, sondern auch den *hienach zu berechnenden Beitrag zu dem Defizit sofort* begleichen müssen.⁴¹

Neuwahl des Vorstandes

Laut der neu verabschiedeten Statuten waren Direktor und Kassier vom Aufsichtsrat zu wählen. Dieser schritt in den Tagen nach der General-Versammlung am 5. Juli schnell zur Tat und legte die Führung der Gewerbebank mit jeweils großer Mehrheit in folgende Hände: Bankrevisor Kaufmann August Schnell (Vorstand), Kaufmann Ferdinand Thumm (Kassier) und Rechtsanwalt Ludwig Wildt (Kontrollleur).⁴² Allerdings musste diese Wahl noch von einer General-Versammlung abgesegnet werden, die man auf den 13. Juli einberief. Bereits im Vorfeld dieser Versammlung

⁴¹ MB vom 7. Juli 1874, S. 315.

⁴² MB vom 9. Juli 1874, S. 319. Der 1823 in Backnang geborene Thumm verzog 1889 nach Hirsau, der 1829 in Kleingartach (heutige Stadt Eppingen) geborene Wildt kam 1858 nach Backnang und zog 1900 nach Cannstatt. Oertel (wie Anm. 3), S. 247 (Nr. 6417) und S. 271 (Nr. 6727).



Luftaufnahme des Stiftshofes aus den 1950er Jahren. Rechts angeschnitten das ehemalige Oberamtsgerichtsgefängnis (heute: Amt für Familie, Jugend und Bildung).

stellten sich einige Mitglieder der Gewerbebank die Frage, ob es sinnvoll sei, den Posten des Direktors an einen Mann zu vergeben, dessen Bekanntheitsgrad nicht besonders hoch war, da er nicht aus Backnang stammte. Sollte diese Aufgabe nicht vielmehr an jemanden übertragen werden, *der allseitig das vollste Vertrauen genießt und daneben genügend Sicherheit für die richtige Einhaltung seiner Pflichten bietet?*⁴³ Angesichts der vorangegangenen Katastrophe war diese Vorsicht zwar durchaus verständlich, allerdings erscheint sie in Anbetracht der völligen charakterlichen Fehleinschätzung des ehemaligen Kassiers Müller, immerhin ein geborener Backnanger, doch etwas seltsam. Letztlich stimmte die General-Versammlung der Vorstandswahl jedoch nicht zu und beschloss, dass die Geschäfte bis zum endgültigen Abschluss der

Affäre von den beiden Backnanger Kaufleuten Ferdinand Thumm und Louis Vogt (1838 bis 1917) provisorisch weitergeführt werden sollten.⁴⁴

Weitere Hiobsbotschaften und Rückkehr Albert Müllers nach Backnang

Am 4. August schrieb der „Murrthal-Bote“, dass der Umfang der Unterschlagungen von Albert Müller inzwischen auf nahezu unglaubliche 300 000 fl angestiegen sei. Damit belief sich das zu befürchtende Defizit der Gewerbebank bereits auf fast 90 000 fl und es wurde immer deutlicher, dass die Bank eigentlich nicht mehr zu retten war. Vorerst erhoffte man sich allerdings noch einiges von den laufenden Untersuchungen, da man einfach nicht glauben konnte, *daß Müller, wenn er auch*

⁴³ MB vom 11. Juli 1874, S. 323.

⁴⁴ MB vom 16. Juli 1874, S. 331; StAB Bac E 012-3, Nr. 894.

bekanntlich nicht wenig Geld verbraucht hat, einen solch hohen Betrag [...] habe verbrauchen können. Vielmehr kursierte die Vermutung, daß derselbe, nachdem ihm kurze Zeit vor Ausbruch der Krisis die Revision in Aussicht gestellt war, einen bedeutenden Posten irgendwo untergebracht hat, um später Mittel für seine Weiter Existenz zu haben.⁴⁵ Endgültige Aufklärung über den Verbleib des Geldes erhoffte man sich von Albert Müller selbst, der zu dieser Zeit bereits unterwegs nach Backnang war.⁴⁶

Am 8. August 1874 traf der Gefangenentransport mit Müller gegen 5 Uhr abends in Backnang ein. Begleitet von der Gendarmerie und unter großem Andrang hiesiger Einwohner brachte man ihn in einer geschlossenen Chaise in den Stiftshof, wo er sein für ihn parat gehaltenes Lokal im hiesigen Oberamtsgerichtsgefängnis bezog.⁴⁷

Mögliche Gründe für Müllers Unterschlagungen

Bei den Verhören gab Albert Müller zwar seine Betrügereien unumwunden zu, über den Verbleib des verschwundenen Geldes schwieg er sich jedoch beharrlich aus. Auch zu den 24 000 fl, die er bei seiner Flucht nach Mailand mit dabei hatte und von denen bei seiner Verhaftung nur noch 10 000 fl übrig waren, machte Müller keine Angaben.⁴⁸ Da zumindest im „Murrthal-Boten“ nichts über die genauen Gründe der Unterschlagungen zu finden ist und auch die Akten des späteren Prozesses gegen Albert Müller leider nicht mehr überliefert sind, kann die entscheidende Frage nach seinen Motiven nur spekulativ beantwortet werden. In einem gemeinderätlichen Zeugnis, das am 9. Juni 1874, also wenige Wochen nach seiner Verhaftung in Italien angefertigt wurde, ist immerhin davon die Rede, dass Müller sich von Anfang seiner selbstständigen Geschäftsverrichtung an gewagten Unternehmungen

beteiligt habe. So habe er sich bereits 1853 mit anderen zur Fabrikation von chemischen Farbstoffen verbunden, wobei er einen nicht unbeträchtlichen Verlust erlitten hat. Außerdem habe sich Müller dem Trunk ergeben und einen seiner Verhältnisse übersteigenden Aufwand im Allgemeinen bis zum Tage seines Entweichens von hier ungescheut fortgeführt.⁴⁹

Selbst wenn man die letzten Aussagen mit Vorsicht genießen muss, da sie ja schließlich unter dem Eindruck der Aufdeckung der Unterschlagungen gemacht wurden, geben sie zumindest einen kleinen Einblick in die Persönlichkeitsstruktur von Albert Müller. Demnach reichten ihm die Einnahmen, die er mit seinem Kaufladen erzielte, offensichtlich nicht aus, so dass er sich auf weitere gewagte Geschäftsversuche einließ. Augenscheinlich erlitt er dabei so große Verluste, die er mit legalen Mitteln nicht mehr ausgleichen konnte, was zu ersten Unterschlagungen bei der Gewerbebank führte.

Zu Beginn der 1870er Jahre schien sich dann für Müller ein Ausweg aus seiner verfahrenen Situation zu bieten: Die euphorische Stimmung, die 1871 nach dem siegreichen Krieg gegen Frankreich und der Gründung des Deutschen Reiches einsetzte, löste den konjunkturellen Boom der sog. „Gründerzeit“ aus. Verbunden mit der Liberalisierung des Aktienrechts kam es zu einem rasanten wirtschaftlichen Aufschwung. Auch Albert Müller sah nun wohl die Chance gekommen, seine bereits getätigten Unterschlagungen durch geschickte Aktienkäufe und daraus resultierende Gewinne zu kompensieren. Mitte des Jahres 1873 brach allerdings der kurze Höhenflug der Wirtschaft, der weitgehend auf Spekulation und Überproduktion basiert hatte und mit ihm der Aktienmarkt in der sog. „Gründerkrise“ völlig zusammen. Zahlreiche deutsche Industrieunternehmen und Banken, die allesamt an der Aktienspekulation teilgenommen hatten, gingen daraufhin Konkurs und viele Kleinanleger

⁴⁵ MB vom 4. August 1874, S. 363.

⁴⁶ MB vom 6. August 1874, S. 366.

⁴⁷ MB vom 11. August 1874, S. 375.

⁴⁸ MB vom 20. August 1874, S. 391.

⁴⁹ StAB Bac G 001-64, S. 1376f.

verloren ihre Ersparnisse.⁵⁰ Spätestens jetzt dürfte auch Albert Müller klar geworden sein, dass seine Versuche, sich durch risikoreiche Aktienspekulationen Geld zu beschaffen und die Unterschlagungen auszugleichen, zum Scheitern verurteilt waren. Es blieb nur noch die Offenlegung seiner Taten mit all den geschilderten schmerzlichen Folgen für ihn als Person sowie für die Backnanger Wirtschaft.

Das Verhängnis nimmt seinen Lauf

Der Herausgeber und Redakteur des „Murrthal-Boten“, Rechtsanwalt Ludwig Wildt, der ja gleichzeitig auch den Posten des Kontrolleurs der Gewerbebank inne hatte, sah sich am 13. August dazu veranlasst, in seiner Zeitung auf § 9 des Genossenschaftsgesetzes hinzuweisen: Danach werden Gewinn *und ebenso Verlust* unter den Genossenschaf tern nach Höhe der Geschäftsanteile verteilt. Sollte dies, wie im Fall der Backnanger Gewerbebank zu befürchten stand, nicht zur vollständigen Deckung der Verluste ausreichen, müsste der *noch zu deckende Rest gleichmäßig nach Köpfen von sämtlichen Genossenschaf tern* aufgebracht werden.⁵¹ Angesichts der im Raum stehenden hohen Verluste dürfte damit jedem

Mitglied der Gewerbebank die Illusion genommen worden sein, dass man ungeschoren davon kommen könnte, zumal auch bei sofortigem Austritt aus der Bank eine zweijährige Haftbarkeit bestand. Immerhin blieb den Genossenschaf tern die vage Hoffnung auf mögliche Regressansprüche, die sie gegenüber den früheren Ausschussmitgliedern geltend machen konnten, da diese offensichtlich ihre Aufsichtspflicht verletzt hatten.⁵²

Auflösung der Gewerbebank

Das ständige Anwachsen der Summe des von Albert Müller unterschlagenen Geldes führte letztlich dazu, dass immer mehr Mitglieder aus der Gewerbebank austraten, selbst wenn sie dadurch nicht ihre Einlagen retten konnten. Eine Befragung der ausgetretenen Mitglieder, ob sie bereit wären, *in Güte zur Deckung des Defizits beizutragen*, fand erwartungsgemäß kein großes Echo⁵³, so dass sich schließlich immer drängender die Frage stellte, ob die Bank überhaupt noch fortbestehen oder nicht vielmehr aufgelöst werden sollte. Zur Beratung dieser Frage rief man am 17. Oktober erneut eine General-Versammlung ein, zu der ausdrücklich alle *gegenwärtigen und ausgetrete-*

| K. Oberamtsgericht Badnang. | | | | |
|--|---|--------------------------|--|--|
| Auszug aus dem Register für eingetragene Genossenschaften. | | | | |
| Datum der Eintragung. | Wortlaut der Firma. | Sitz der Genossenschaft. | Rechtsverhältnisse der Genossenschaft. | Bemerkungen. Unterschrift des Registerführers. |
| 27. Oktober 1874 | Gewerbebank Badnang, eingetragene Genossenschaft. | Badnang. | Die Genossenschaft hat in der Plenarversammlung vom 17. Oktober 1874 ihre Auflösung beschlossen. | Die Gläubiger der Genossenschaft werden in Gemäßheit des §. 36, Abf. 2 des Reichsgesetzes vom 4. Juli-1868 aufgefordert, sich bei den an die Stelle des Vorstands getretenen Liquidatoren, den Herren Ferdinand L h u m m, Kaufmann, Ludwig W i l d t, Rechtsanwalt, Louis W i n t e r, Kaufmann, sämtlich von hier, zu melden. Zur Beurkundung: Oberamtsrichter C l e m e n s. |

Bekanntmachung der Auflösung der Gewerbebank (MB vom 3. November 1874).

⁵⁰ Zu Gründerzeit und Gründerkrise siehe: Friedrich-Wilhelm Henning: Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert, Paderborn 1996 (= Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, Bd. 2), S. 781-888.

⁵¹ MB vom 13. August 1874, S. 378.

⁵² MB vom 15. August 1874, S. 383.

⁵³ MB vom 8. Oktober 1874, S. 473. Bis 30. September 1874 waren insgesamt 42 Mitglieder aus der Gewerbebank ausgetreten. MB vom 10. Oktober 1874, S. 477.

nen Mitglieder eingeladen wurden.⁵⁴

Der Umstand, dass nun im „Murrthal-Boten“, in dem zuvor immer wieder darauf hingewiesen worden war, dass die ganze Angelegenheit nicht so schlimm sei, plötzlich davon die Rede war, dass es geradezu unmöglich sei, das Defizit auszugleichen und die noch aktiven Mitglieder der Bank dazu aufgerufen wurden, noch vor der General-Versammlung auszutreten, um dadurch die Ausgetretenen sich gleichzustellen, d. h. sie zur Deckung des Defizits hereinzuziehen, für das sie sonst erst in letzter Linie haften würden⁵⁵, erhöhte das Unbehagen in der Öffentlichkeit beträchtlich. In einem Schreiben an Stadtschultheiß Schmückle vom 13. Oktober gaben insgesamt 38 Backnanger Bürger ihrer Verwunderung über das tiefe und beharrliche Schweigen der Vorstandschaft Ausdruck, die, nachdem fast alle Ausschussmitglieder aus der Bank ausgetreten seien, Geschäfte jeder Art abschließen könne. Man bat Schmückle um Rat, überließ die erforderlichen Maßnahmen jedoch seinem Ermessen.⁵⁶

Bevor Schmückle überhaupt in Aktion treten konnte, beschloss die General-Versammlung jedoch am 17. Oktober, die Bank für aufgelöst zu erklären und in Liquidation zu treten. Die Geschäftsabwicklung legte man in die Hände der Kaufleute Ferdinand Thumm und Louis Winter (1827 bis 1907) sowie von Rechtsanwalt Ludwig Wildt. Außerdem forderte man die Genossenschafter auf, mit ihrer Unterschrift zu bezeugen, dass sie gewillt seien, das Defizit zu tragen, was schließlich auch Voraussetzung dafür war, dass sie später Regressansprüche geltend machen konnten.⁵⁷ Zuvor hatte man schon im „Murrthal-Boten“ den Genossenschaftern geraten, gutwillig zu zahlen, um einer Zwangsversteigerung zu entgehen, bei der man letztlich ebenfalls zur Kasse gebeten

würde. Eine außergerichtliche Einigung hätte zudem den Vorteil, der ungeheuren Schmach für Stadt und Bezirk zu entgehen, die eine öffentliche Zwangsversteigerung nach sich ziehen würde, was in letzter Konsequenz auch gewerblichen Nachteil zur Folge hätte.⁵⁸

Probleme bei der Liquidation

Allerdings gab es gleich zu Beginn der Liquidation erhebliche Probleme, da bis Ende Oktober 1874 kaum mehr als die Hälfte der Genossenschafter mit ihrer Unterschrift bestätigt hatten, dass sie einverstanden seien, das Defizit zu übernehmen. Aus diesem Grund konnten die eingesetzten Liquidatoren noch gar nicht mit ihrer Arbeit beginnen, es drohte der gerichtliche Weg, den man eigentlich aufgrund seiner schädlichen Außenwirkung unbedingt vermeiden wollte.⁵⁹ Nun scheint die Stunde von Stadtschultheiß Schmückle geschlagen zu haben: Am 13. November trafen sich bei ihm im Rathaus Genossenschafter der ehemaligen Gewerbebank zu einer Besprechung, da die beabsichtigte gütliche Auseinandersetzung zu scheitern drohte.⁶⁰ Was bei diesem Treffen heraus kam, ist leider nicht bekannt. Allerdings fand sechs Tage später ebenfalls auf dem Rathaus die Schuldenliquidation des Kaufmanns Müller statt. Dort stellte sich heraus, dass man Gläubigern außerhalb der Gewerbebank nur rund 10 000 fl schuldete, von denen 40% zu Beginn des Jahres 1875 ausbezahlt werden sollten. Die Schuld von Albert Müller gegenüber der Gewerbebank wurde inklusive 5 % Zins mit 300 000 fl festgestellt.⁶¹ Von diesem Betrag sollte selbstverständlich soviel wie möglich aus dem Besitz von Müller gedeckt werden.

⁵⁴ Die zunächst auf 12. Oktober einberufene General-Versammlung wurde schließlich von Montag auf Samstag verlegt, vermutlich um dadurch die Zahl der Teilnehmer zu erhöhen. MB vom 6. Oktober 1874, S. 470 u. 15. Oktober 1874, S. 486.

⁵⁵ MB vom 8. Oktober 1874, S. 473.

⁵⁶ StAB Bac H 021-10.

⁵⁷ MB vom 31. Oktober 1874, S. 513; Oertel (wie Anm. 3), S. 272 (Nr. 6750).

⁵⁸ MB vom 20. Oktober 1874, S. 495.

⁵⁹ MB vom 29. Oktober 1874, S. 511.

⁶⁰ MB vom 12. November 1874, S. 533.

⁶¹ MB vom 21. November 1874, S. 552.

Zwangsversteigerung gegen Albert Müller

Nachdem bereits am 26. Mai 1874, also kaum zwei Wochen nachdem Albert Müller aus Backnang geflohen war, sein Pferd, seine *elegante Droschke und das entsprechende elegante Pferds- und Reitgeschirr* versteigert und von Gerbereibesitzer Friedrich Kaess für 820 fl erworben worden waren⁶², fand vom 5. bis 10. Oktober 1874 eine sechstägige Versteigerung in der *Müller'schen Behausung* statt, bei der der komplette Hausrat von Albert Müller *mit Ausnahme des Eigentums der Müller'schen Ehefrau* verkauft wurde.⁶³ Vom 22. bis 24. Oktober und am 5. November 1874 kamen dann *Colonial-Waaren* aus dem Bestand von Müllers Kaufladen sowie weitere Fahrnis zur Versteigerung.⁶⁴ Die größten Einnahmen erhoffte man sich jedoch aus den Verkäufen des restlichen Warenlagers und des Wohn- und Geschäftshauses, die in den Monaten Dezember 1874 und Januar 1875 über die

Bühne gehen sollten.⁶⁵ Die Versteigerung des Warenlagers, bei der man auf ein Ergebnis von 19 000 fl hoffte, brachte jedoch nicht den gewünschten Erfolg: Zwar interessierten sich mehrere heimische Kaufleute für das Warenlager ihres ehemaligen Berufskollegen, boten allerdings insgesamt nur 13 000 fl.

Da die Summe nicht den Erwartungen der Liquidatoren der Gewerbebank entsprach, erwarben diese kurzerhand selbst das Warenlager für 14 500 fl und versuchten anschließend, es wieder zu veräußern und zwar, wenn es nicht anders gehen sollte, auch *stückweise*.⁶⁶ Letztlich stand man jedoch unter dem Druck, den Erlös möglichst schnell zu vereinnahmen und nicht verschiedenen Käufern hinterher rennen zu müssen. Deshalb verkaufte man das gesamte Sortiment, wobei der erzielte Preis mit 13 500 fl nur unerheblich über dem ursprünglichen Gebot der Backnanger Kaufleute, dafür aber deutlich unter den eigentlich anvisierten 19 000 fl lag.⁶⁷

Wesentlich mehr Erfolg stellte sich bei der

B a c k n a n g . Geschäfts-Verlegung und Empfehlung.

Ich beehre mich einem verehrlichen Publikum von Stadt und Land ergebenst anzuzeigen, daß ich meine seither in der Korngasse dahier betriebene sog **Untere Apotheke** verlassen und mein neues Geschäft in dem früher **Kaufmann Müller'schen Hause** am Markt unter der Firma

Apotheke zum goldenen Adler

eröffnet habe.

Indem ich für das mir seither in so reichem Maße geschenkte Vertrauen freundlichst danke, bitte ich, unter Zusicherung **reellster** Bedienung, mir dasselbe auch in meinem neuen Lokal zu Theil werden zu lassen.

Hochachtungsvoll

C. Veil.

Apotheker Carl Veil eröffnet am 8. August 1875 im ehemaligen Kaufladen von Albert Müller die Apotheke zum goldenen Adler (MB vom 7. August 1875).

⁶² MB vom 21. Mai 1874, S. 237 u. 28. Mai 1874, S. 248; Oertel (wie Anm. 3), S. 123 (Nr. 4761).

⁶³ MB vom 29. September 1874, S. 457f. Emilie Müller befand sich zu der Zeit in Lausanne/Schweiz. Alle Forderungen gegen sie, wie beispielsweise die 15 000 fl Bürgschaft, die sie anlässlich der Bestellung ihres Mannes zum Kassier der Gewerbebank übernommen hatte, liefen über ihren Anwalt Max Römer in Stuttgart. StAB Bac J 022-21, Bü. 5.

⁶⁴ MB vom 15. Oktober 1874, S. 485f u. 31. Oktober 1874, S. 513.

⁶⁵ MB vom 21. November 1874, S. 552.

⁶⁶ MB vom 5. Dezember 1874, S. 575.

⁶⁷ MB vom 10. Dezember 1874, S. 584. Das gesamte Sortiment wurde danach in mehreren großen Anzeigen zum Weiterverkauf angeboten. Ebd., S. 583, MB vom 15. Dezember 1874, S. 591, 17. Dezember 1874, S. 594, 19. Dezember 1874, S. 598, 22. Dezember 1874, S. 603, 5. Januar 1875, S. 6, 12. Januar 1875, S. 14 u. 14. Januar 1875, S. 18.

Versteigerung des Wohn- und Geschäftshauses von Albert Müller (heutige Marktstraße 29) ein, die am 15. Januar 1875 stattfand und bei einem Schätzwert von 20 000 fl letztlich 26 600 fl einbrachte.⁶⁸ Ende Januar 1875 ging schließlich der Verkauf der letzten Fahrnis aus dem ehemaligen Besitz von Albert Müller über die Bühne, wobei *durchweg sehr hohe Preise* erlöst werden konnten.⁶⁹

Betrachtet man sich das Resultat der Zwangsversteigerungen gegen Albert Müller, kommt man unweigerlich zu dem Ergebnis, dass bei weitem nicht die ursprünglich einmal angestrebten 115 000 fl erzielt wurden. Im Klartext bedeutete dies, dass mit den Verkaufserlösen nicht annähernd das durch die Unterschlagungen entstandene Defizit der Gewerbebank gedeckt werden konnte. Aufgrund der mangelhaften Informationspolitik der Liquidatoren kursierten zahlreiche Gerüchte in der Stadt, die Anfang des Jahres 1875 in offenen Widerstand mündeten.

Öffentlicher Widerstand gegen die Liquidatoren

Am 12. Januar 1875 veröffentlichten Ratschreiber Hugo Krauth (1827 bis 1878) und Oberlehrer Gottlieb Friedrich Belser (1810 bis 1893)⁷⁰, *als die allseitig bekannten Vertreter einer größeren Zahl von Genossenschaftler*, im „Murrthal-Boten“ eine öffentliche Kritik am Geschäftsgebaren der Liquidatoren. Demnach wollte ein Teil der Genossenschaftler, der über die *bisherige Stille in der Sach sehr ungehalten* war, eine Generalversammlung einberufen, um mehr über den Stand der Liquidation zu erfahren. Außerdem habe man einen Rechtsanwalt *zu weiterer Maßnahme* eingeschaltet.⁷¹ Einer der Kritisierten, Rechtsanwalt Ludwig Wildt, nutzte seine Stellung als Redakteur des

Badnang. Offene Kundgebung in Sachen der hiesigen Ge- werbebank.

Die Unterzeichneten, als die allseitig bekannten Vertreter einer größeren Zahl von Genossenschaftlern, haben bei den Liquidatoren der hiesigen Gewerbebank, deren Bestellung, nebenbei gesagt, übrigens nach §. 40 des Genossenschaftsgesetzes eine jederzeit widerrufliche ist, den Antrag auf Einberufung einer Generalversammlung der Genossenschaftler gestellt, es haben aber dieselben diesem Verlangen bis jetzt nicht entsprochen, obwohl sie nach der Bestimmung des in dieser Beziehung heute noch gültigen § 5 der Statuten von 1872, nach welcher $\frac{1}{10}$ tel der Genossenschaftler die Einberufung einer Generalversammlung verlangen kann, hiezu verpflichtet sind, und haben sie auch unsere diesfallsigen Zuschriften vom 17. und 28. Dez. v. J., in denen wir überdies über weitere Punkte um Auskunft gebeten hatten, überhaupt ohne jede Antwort gelassen.

Wir haben nun diese Sache unserm Rechtsfreund, dem Herrn Rechtsanwalt Zeller in Stuttgart, zu weiterer Maßnahme unterbreitet.

Hievon geben wir den 193 Unterzeichnern der Uebereinkunft vom 17. Nov. 1874, die Aufstellung eines Rechtsverständigen u. s. w. betreffend, welche, wie wir hören, über die bisherige Stille in der Sache sehr ungehalten sind, auf diesem Wege Kenntniß und fügen bei, daß auch künftige Mittheilungen von uns immer nur auf dem Wege der Offenlichkeit geschehen werden.

Den 11. Januar 1875.

**Hugo Krauth,
Belser, Oberlehrer.**

Der Unmut über die Vorgehensweise bei der Liquidation der Gewerbebank nimmt zu (MB vom 12. Januar 1875).

„Murrthal-Boten“, um noch in der gleichen Ausgabe auf die Kritik zu reagieren und die Arbeit der Liquidatoren zu verteidigen. Danach

⁶⁸ StAB Bac K 001-64, S. 954-659; MB vom 16. Januar 1875, S. 23. Das Anwesen ging in den Besitz von Apotheker Carl Veil (1836 bis 1916) über, der seit April 1868 in der späteren Uhlandstraße 22 die Untere Apotheke betrieb. MB vom 14. April 1868, S. 170; StAB Bac K 001-60, S. 1220-1232. Veil übertrug das Apothekenrecht auf sein neu erworbenes Gebäude und eröffnete am 8. August 1875 in dem ehemaligen Kaufladen die *Apotheke zum goldenen Adler*, die heute noch besteht. MB vom 7. August 1875, S. 362. Zur Geschichte der „Adler-Apotheke“ siehe: Bruder (wie Anm. 2), S. 87-91.

⁶⁹ MB vom 2. Februar 1875, S. 51.

⁷⁰ Oertel (wie Anm. 3), S. 22 (Nr. 3402) u. S. 140 (Nr. 4982).

⁷¹ MB vom 12. Januar 1875, S. 15. Interessanterweise saß Ratschreiber Krauth in den Jahren 1870/71 selbst im Ausschuss der Gewerbebank und trug damit auch eine gewisse Mitschuld an der fehlenden Kontrolle des Kassiers Albert Müller. StAB Bac H 021-10.

herrsche *unöthigerweise fortwährend Aufregung* über die geschäftliche Abwicklung der Bank, viele Menschen in Backnang würden sich an *jedes Gerede* klammern, *auch wenn es noch so unrichtig ist*. Wildt ging sofort zum Gegenangriff über und beschuldigte Ratschreiber Krauth, ohne ihn namentlich zu nennen, die Herausgabe der Urkunde, mit der sich ein großer Teil der Genossenschafter mit der *Herbeiführung der außergerichtlichen Geschäftsabwicklung* einverstanden erklärt hatte, zu verweigern. Offensichtlich, und mit dieser Einschätzung lag Wildt goldrichtig, gehe es den Kritikern einzig um *eine Regreßklage gegen die früheren Ausschußmitglieder*. Letztlich führe dieses Verhalten aber geradewegs zu dem, *was man durch die Liquidation verhüten wollte, nämlich das gerichtliche Einschreiten und die Einleitung des Gantverfahrens*.⁷²

Krauth und Belser nahmen zwar schriftlich zu diesen Vorwürfen Stellung, da dies jedoch nicht im „Murrthal-Boten“ veröffentlicht wurde, ließ man die beiden Schriftstücke Mitte Januar 1875 *besonders drucken und vertheilen*.⁷³ Die Reaktion von Ludwig Wildt erfolgte prompt: Er habe die Schriftsätze nicht im „Murrthal-Boten“ veröffentlicht, weil sie zum einen einen *allzugroßen Umfang* gehabt hätten und zum anderen *persönliche Ausfälle* gegen seine Person enthielten. Wildt zweifelte zudem die Legitimation seiner Kritiker an, die selbst angaben, dass sämtliche ihrer Aktionen dem *ausgesprochenen Willen von 193 Genossenschafter* entsprächen.⁷⁴ Allerdings zeigte die dauernde Kritik auch an seiner Person letztlich Wirkung, da Wildt am 18. Januar 1875 aufgrund der *fortgesetzten Behelligungen von Seiten zweier grundlos unzufriedener Mitglieder der Bank sein Mandat als Liquidator niederlegte*.⁷⁵

Zwei Tage später gaben die Liquidatoren

bekannt, dass bis zu diesem Zeitpunkt 147 680 fl 13 kr, und damit nicht ganz die Hälfte der unterschlagenen Summe, abbezahlt sei. Allerdings sei an eine *gütliche Erledigung* des Verfahrens aufgrund des *bekanntes Widerstands* nicht mehr zu denken, weshalb die ganze Angelegenheit an das Oberamtsgericht *zur Einleitung des Gantverfahrens* übergeben werde.⁷⁶ Obwohl bis Anfang Februar 1875 noch einmal rund 21 000 fl an die Gläubiger der Bank ausbezahlt werden konnten⁷⁷, trat mit der Übergabe an das Oberamtsgericht genau das ein, was man eigentlich verhindern wollte, was jedoch von Beginn an aufgrund der ungeheuren Summe der Unterschlagungen realistischweise nicht zu vermeiden war.

Konkurs der Gewerbebank

Nachdem zum 1. Februar 1875 gegen die Gewerbebank *wegen Verdachts der Ueberschuldung Vermögensuntersuchung* eingeleitet worden war, erging fünf Tage später eine *Zahlungssperre*. Zum *Gantanwalt und Güterpfleger* ernannte das Gericht interessanterweise Rechtsanwalt Wildt, der damit also erneut mit Belangen der Gewerbebank betraut wurde, nun allerdings mit offizieller Unterstützung des Oberamtsgerichts.⁷⁸ Mit der Vermögensuntersuchung betraute das Justizministerium Kreisgerichtssekretär Belthle aus Heilbronn, der ab Mitte Februar als *Commissär* die finanziellen Verhältnisse der Gewerbebank durchleuchtete.⁷⁹ Am 17. März 1875 rief er alle Gläubiger dazu auf, ihre Forderungen entweder schriftlich oder mündlich bei ihm einzureichen.⁸⁰ Auch die Schuldner der Gewerbebank bekamen am 3. April d. J. eine letzte Frist von acht Tagen, ihrer Zahlungspflicht nachzukommen, ansonsten drohte eine Klage.⁸¹

⁷² Ebd.

⁷³ MB vom 21. Januar 1875, S. 30.

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ MB vom 19. Januar 1875, S. 26.

⁷⁶ MB vom 21. Januar 1875, S. 32.

⁷⁷ MB vom 2. Februar 1875, S. 51.

⁷⁸ MB vom 9. Februar 1875, S. 61.

⁷⁹ MB vom 16. Februar 1875, S. 75.

⁸⁰ MB vom 23. März 1875, S. 133.

⁸¹ MB vom 3. April 1875, S. 151.

Im Namen des Königs!

In der Anklagesache gegen den 50 Jahre alten Kaufmann und
ehemaligen Oberschultheißen Albert Jacob Müller von
Lauterbach, welcher durch Beschluß der Reichs- u. Anklagekammer
des R. Königsgerichts zu Gießen vom 5. Februar d. J.
wegen eines Mordversuchs der Unterpfändung, eines Mordversuchs
und des Betrugs, eines Mordversuchs der Fälschung von
Privaturkunden u. eines Mordversuchs des betrügerischen
Bankrotts zur Aburtheilung vor den Reichsgerichtsrä-
th zu Gießen vorgebracht ist, steht der Reichsger-
ichtsrat auf dem Grund des Auftrags des Kaisers
wenn:

daß der Angeklagte wegen Unterpfändung, Betrugs,
Fälschung von Privaturkunden u. betrügerischen
Bankrotts z. z.

zu der

Zuchthausstrafe von vier Jahren,
wovon vier Monate als durch die Unterpfändung
schon abgüßelt anzufassen sind,

Gemeinrecht
Leitung in die Strafkammer

Erste Seite des Urteils gegen Albert Müller vom 13. April 1875.

Gerichtsverfahren gegen Albert Müller

Nachdem Albert Müller am 15. Februar 1875 von Backnang nach Heilbronn verlegt worden war, fand am 12. und 13. April vor dem dortigen Schwurgericht die Verhandlung wegen *Unterschlagung, Betrugs, Fälschung von Privaturkunden und betrügerischen Bankerotts* statt.⁸² Das Urteil dürfte den meisten Backnangern, und besonders den Mitgliedern der ehemaligen Gewerbebank, allerdings keineswegs gefallen haben, da Müller mit einer *verhältnißmäßig leichten Strafe* davon kam: Letztlich erhielt er vier Jahre Zuchthaus, wovon er vier Monate bereits durch seine Untersuchungshaft verbüßt hatte, Entziehung der Bürgerrechte für sechs Jahre und musste die Prozesskosten tragen. Offensichtlich war es der Verteidigung gelungen, die Geschworenen davon zu überzeugen, dass die Unterschlagungen Müllers erst aufgrund der *mangelhaften Kontrolle* möglich wurden. Außerdem argumentierten sie mit den *ungünstigen Zeitereignissen* und dem *theilweisen Ersatz des Unterschlagenen*. Albert Müller konnte mit diesem Urteil sicher sehr gut leben und zeigte sich entsprechend *sichtlich befriedigt*.⁸³

Seine Hochstimmung verflog jedoch spätestens mit der Einlieferung ins Heilbronner *Zellengefängnis*: Das Abschneiden der Haare, die Einkleidung mit der Zuchthausmontur und die Aussicht, die nächsten Jahre mit *Dütenfabrikation* zu verbringen, dürften nicht gerade positiv auf Müller gewirkt haben. Ob dies allerdings, wie im „Murrthal-Boten“ behauptet, einen solch *erschütternden Eindruck* auf ihn gemacht hat, *daß er ein Schaudern bekam, das er nicht mehr verlor, bis er todt war*, erscheint mehr als fraglich.⁸⁴ Bei dieser Deutung dürfte vielmehr der Wunsch Vater des Gedankens gewesen sein, dachte doch sicher der eine oder andere Backnanger, der durch die Unterschlagungen Müllers in den Ruin getrieben wurde, dass die-

ser nun doch noch seine verdiente Strafe erhalten habe. Fest steht lediglich, dass Müller am 2. Mai, keine vier Tage nach seiner Einlieferung ins Gefängnis, *an einem Hirnschlag* verstarb.⁸⁵ Bei der Untersuchung seiner Leiche fand sich eine Kugel in seinem Kopf, die die Ärzte in Mailand offensichtlich übersehen hatten. Auch wenn ein eigens aus Tübingen angereister Professor erklärte, dass die Kugel nicht als Todesursache in Frage käme, da sie *eingekapselt* gewesen sei und *keinen nachtheiligen Einfluß* ausgeübt habe, scheint ein Zusammenhang mit dem Ableben Müllers durchaus plausibler zu sein, als die im „Murrthal-Boten“ geäußerten Vermutungen.⁸⁶

Abschluss der Vermögensuntersuchung

Inzwischen hatte auch Kreisgerichtssekretär Belthle seine Untersuchung der Vermögensverhältnisse der ehemaligen Gewerbebank abgeschlossen und war zu dem Ergebnis gekommen, dass sich letztlich ein Defizit von rund 100.000 fl ergab, *welche von den Bankmitgliedern zugeschossen werden müssen*.⁸⁷ Aufgrund weiterer Verkaufserlöse aus der Fahrnis von Albert Müller verringerte sich dieser Betrag noch auf 83.791 fl, als das Oberamtsgericht am 8. Juni 1875 endgültig die Zwangsvollstreckung gegen die Gewerbebank eröffnete. Damit war für die haftenden Genossenschafter der Moment der Wahrheit gekommen, da nun der Verlust umgelegt werden musste. Um die Härten für die weniger gut betuchten Genossenschafter etwas abzumildern, rief man die früheren Mitglieder von Vorstand und Ausschuss, *die sich ja meist sehr günstiger Vermögens Verhältnisse erfreuen*, dazu auf, im Voraus einen größeren Anteil am Defizit zu übernehmen, *daß diese leidige Angelegenheit dann vollends rasch und ohne viele Einzel Catastrophen aus der Welt geschaffen würde*.⁸⁸

Damit appellierte man an die Solidarität der

⁸² MB vom 16. Februar 1875, S. 75, 23. März 1875, S. 136 u. 27. März 1875, S. 144. Leider sind die Prozessakten nicht mehr überliefert, so dass man auf die – eher dürftigen – Berichte im „Murrthal-Boten“ angewiesen ist.

⁸³ MB vom 15. April 1875, S. 171.

⁸⁴ MB vom 6. Mai 1875, S. 207.

⁸⁵ MB vom 4. Mai 1875, S. 203.

⁸⁶ MB vom 15. Mai 1875, S. 222.

⁸⁷ MB vom 29. April 1875, S. 195.


⁸⁸ MB vom 15. Juni 1875, S. 272.

Leute, die ja nicht nur zu den Bessergestellten in Backnang gehörten, sondern eben in ihrer früheren Funktion in Vorstand und Ausschuss der Gewerbebank auch einen Großteil an Mitschuld trugen, dass Albert Müller so lange unkontrolliert Geld unterschlagen konnte. Da sowieso Regressansprüche der ehemaligen Genossenschafter zu erwarten waren, tat sich damit für die ehemaligen Vorstands- und Ausschussmitglieder ein durchaus gehbarer Weg auf, der ihrem Ruf in der Öffentlichkeit sicherlich nicht geschadet hätte. Bis sich diese Erkenntnis zumindest in Ansätzen durchsetzte, sollte es allerdings noch eine Weile dauern.

Weitere öffentliche Unruhe

Am 19. August 1875 sollte die *Schulden-Liquidation* auf dem Backnanger Rathaus vorgenommen werden. Alle Gläubiger, die noch nicht ihre Forderungen geltend gemacht hatten, bekamen nun eine letzte Chance dazu und mussten dafür ihre *Beweismittel* vorlegen. Denjenigen, die diesen Termin versäumen sollten, drohte der Ausschluss *von der Masse*.⁸⁹

B a c k n a n g.

 Diejenigen Mitglieder der Gewerbebank, welche überzeugt sind, daß man, ehe es ins Treffen geht, von einem tüchtigen Advokaten über den Rechtsstandpunkt offen und ehrlich aufgeklärt werde, **aber nur solche**, welche ohne alle Nebenrückichten und egoistische Hintergedanken dem Rechte und der Wahrheit zum Siege verhelfen wollen, sind zu einer Vereinigung, und somit vorerst zu einer Zusammenkunft eingeladen auf **heute Samstag Abend den 14. Aug.** in den **Garten Saal** des Hrn. Bäcker **Schmückle**.

Mehrere Mitglieder.

Einschaltung von Rechtsanwälten (MB vom 14. August 1875).

Kurz bevor diese Veranstaltung über die Bühne ging, zeigte sich noch einmal, wie zerstritten die ehemaligen Genossenschafter der Gewerbebank inzwischen waren: Am 14. August

luden *mehrere Mitglieder* zu einem Treffen ein, um *von einem tüchtigen Advokaten über den Rechtsstandpunkt offen und ehrlich aufgeklärt* zu werden.⁹⁰ Die Gegenreaktion ließ nicht lange auf sich warten: Am folgenden Tag meldeten sich wieder Hugo Krauth und Friedrich Belser zu Wort und baten ihrerseits die Mitglieder der Gewerbebank zu einer Veranstaltung am 18. August zu kommen, bei der Rechtsanwalt Zeller aus Stuttgart eine Beratung zur Schulden-Liquidation durchführen werde. Gleichzeitig distanzierte man sich von der anderen Einladung, für die man nicht verantwortlich sei, *was übrigens Jedermann an Form und Inhalt des betr. Schriftsatzes leicht erkennen konnte*.⁹¹

Danach herrschte erst einmal Schweigen in der Öffentlichkeit. Offensichtlich wollte man jetzt zunächst die Abwicklung der Schulden-Liquidation durch das Oberamtsgericht abwarten. Diese sollte jedoch keineswegs so schnell über die Bühne gehen, wie vielleicht von vielen erwartet oder befürchtet.

Kein Ende in Sicht

Es dauerte fast ein ganzes Jahr, bis die Angelegenheit *einen Schritt weiter vorwärts* tat. Nachdem endlich sämtliche Untersuchungen abgeschlossen waren, ging es nun ans Eingemachte: *Das Bedeutungsvollste der ganzen Sache – das Zahlen des vorhandenen Defizits durch die Genossenschafter – steht vor der Thüre*. Aus diesem Grund hatte man bereits Anfang Mai 1876 eine *Commission* gebildet, die einen *Vertheilungsplan* entwerfen und anschließend dafür Sorge tragen sollte, dass die 44,70 % der Gläubiger, die bisher unbefriedigt geblieben waren, zu ihrem Geld kamen. Das Gremium bestand aus Kreisgerichtssekretär Belthle aus Heilbronn, Rechtsanwalt Zeller aus Stuttgart und den Backnangern Kaufmann Ferdinand Thumm, Ratschreiber Hugo Krauth, Fabrikant Albert Isenflamm (1844 bis 1905) und Rotgerber Gottlieb Häuser (1837 bis 1909).⁹² Um die ganze Angelegenheit zu

⁸⁹ MB vom 22. Juni 1875, S. 282.

⁹⁰ MB vom 14. August 1875, S. 375.

⁹¹ MB vom 17. August 1875, S. 379.

⁹² Oertel (wie Anm. 3), S. 95 (Nr. 4387) u. S. 117 (Nr. 4683).

besprechen und sich über den Modus der Verteilung der Schulden zu einigen, lud man die betroffenen Genossenschafter zu einer Versammlung am 29. Juli 1876 ein.⁹³

Dort boten einige Ausschussmitglieder der ehemaligen Gewerbebank zwar einen *nicht zu verachtenden Beitrag* an und zeigten damit durchaus Verantwortung für ihre Mitschuld an der ganzen Affäre, eine einvernehmliche Lösung konnte allerdings nicht gefunden werden.⁹⁴ Dies hatte zur Folge, dass die Genossenschafter weiterhin untereinander zerstritten blieben und die Diskussionen in aller Öffentlichkeit weitergingen. In einem anonym eingesendeten Leserbrief an den „Murrthal-Boten“ wurde es zutiefst bedauert, dass die *leidige Geschichte der Gewerbebank* weiterging und nicht zur *endlichen, erwünschten Erledigung* komme. Man müsse Verständnis für die ehemaligen Ausschussmitglieder haben, die bis auf wenige Ausnahmen von *Buchführung eines Bankgeschäftes keine Kenntnis haben konnten*. Deshalb könne man ihnen nicht alleine die Mitschuld an den Unterschlagungen Albert Müllers anlasten, *welchem ja die sämtlichen Mitglieder einschließlich der Agitatoren unbegrenztes Vertrauen schenken*.⁹⁵ Mit „Agitatoren“ meinte der namentlich nicht genannte Leserbriefschreiber die Genossenschafter, die das Angebot der ehemaligen Ausschussmitglieder ablehnten und damit einen endgültigen Schlussstrich unter die ganze Sache verhinderten. Dadurch würde *Zwietracht unter die Bürgerschaft* gebracht und das *einzig Gewerbe, dem Backnang seinen Wohlstand verdankt – die Gerberei* darunter leiden, da deren Vertreter in der Geschäftswelt bald jeglichen Kredit verloren hätten: *Die Herren Agitatoren sollten einmal hinausgehen und die Urtheile hören, die von Geschäftsleuten, welche viel mit Backnang verkehrten, geäußert werden und die die Unlust nicht verhehlen, fernerhin noch Geschäfte mit Backnang zu machen*.⁹⁶

Die Erwiderung seitens der „Agitatoren“ ließ nicht lange auf sich warten. Wenige Tage später meldete sich – ebenfalls anonym – ein weiterer Leserbriefschreiber zu Wort und kritisierte die Ausschussmitglieder der ehemaligen Gewerbebank, die bei jeder Generalversammlung betont hätten: *Wir haben die Sache geprüft und alles in Ordnung gefunden*. Man könne nun nicht den Mitgliedern, die dem Ausschuss vertraut hätten, die Schuld in die Schuhe schieben. Allerdings wäre man gerne bereit, die *Hand zur Versöhnung* zu reichen, *allein dies ist blos bei einem entsprechenden Betrag möglich, da weniges angeboten fast mehr erbittert*.⁹⁷ Offensichtlich entsprach der von den ehemaligen Ausschussmitgliedern offerierte Betrag keineswegs den Erwartungen vieler Genossenschafter, die zudem der Meinung waren, *daß diejenigen Mitglieder, denen eine sofortige oder zu rasche Bezahlung ihres Verlustanteils unmöglich wäre, dieselbe in längeren Terminen unter möglichster Sicherheit abzahlen dürften*.⁹⁸

Verständnis für diese Haltung zeigte zumindest Kaufmann Carl Weismann, der von 1867 bis 1871 im Vorstand der Gewerbebank gesessen hatte⁹⁹: Er sprach sich dafür aus, die Bezahlung der Restschuld in der Form vorzunehmen, dass *je nach Vermögens-Verhältnissen Klassen gemacht werden* und es den *weniger bemittelten Mitgliedern* ermöglicht werde, *ihren Anteil nach Zielen abzurichten*. Es dürfe nicht sein, dass die Mitglieder, die ihre Einlagen als *Sparhafen* betrachtet hätten, diese nun nicht nur verlieren würden, sondern sogar noch drauf zahlen müssten.¹⁰⁰

Trotz dieser Aufrufe zur Vernunft konnte der Graben zwischen den Mitgliedern der ehemaligen Gewerbebank, die gegen die Ausschussmitglieder klagen und Regressansprüche geltend machen wollten und denen, die eine einvernehmliche Lösung bevorzugten, nicht geschlossen werden. Damit zog sich die *leidige Geschichte der Gewerbebank* weiter hin.

⁹³ MB vom 25. Juli 1876, S. 347 u. 27. Juli 1876, S. 349.

⁹⁴ MB vom 8. August 1876, S. 372.

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ Ebd.

⁹⁷ MB vom 12. August 1876, S. 380.

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ Bac H 021-10.

¹⁰⁰ MB vom 15. August 1876, S. 384.

Eine Lösung zeichnet sich scheinbar ab

Im Februar 1877 erklärte das Oberamtsgericht den von der im Jahr zuvor eingerichteten Kommission erarbeiteten *Vertheilungsplan* für *vollstreckbar* und verwarf damit *sämmtliche dagegen erhobenen Einwendungen*, deren Zahl laut Oberamtsrichter Clemens *nicht groß war*. Danach wurden die Genossenschafter entsprechend ihrer Vermögensverhältnisse in 3 Klassen eingeteilt: Die *unbedingt Vermöglichen*, so die Erwartung, würden problemlos bezahlen können, *ohne dadurch irgend empfindlich berührt zu werden*. Bei den *unbedingt Unvermöglichen, welche nicht mehr als des Lebens Nothbedarf besitzen*, war sowieso nichts zu holen, so dass *der hierher fallende Betreff anderweit gedeckt werden musste*. Das größte Problem stellte allerdings die *ziemlich zahlreiche dritte Klasse der Schwachvermöglichen* dar, die zwar etwas Vermögen besaßen, das durch die Zahlungen jedoch fast vollständig aufgebraucht werden würde, was zwangsläufig eine *nachtheilige Störung ihrer Gewerbsthätigkeit* zur Folge hätte. Ihnen müsste in der Form geholfen werden, dass vermögendere Bürger der Stadt diese Schulden zunächst als Kredite vorstrecken, um sie dann später wieder einzufordern. Keiner würde sich, so Oberamtsrichter Clemens, für diese Aufgabe besser eignen, als die ehemaligen *Mitglieder des Vorstands sowie die des Ausschusses aus den Zeiten „Müllers“*, die damit ihrer *moralischen Verpflichtung* genüge tun könnten.¹⁰¹

Laut Mitteilung der Kommission belief sich der *Gesamtausfall der Gläubiger* auf (rund) *170.000 M.*¹⁰², die von den Genossenschäftern zu decken waren. Rund 60 000 M waren zu dem Zeitpunkt bereits eingezahlt, wobei interessanterweise aus der ersten Klasse der *unbedingt Vermöglichen* noch *mindestens 30-40.000 M.* ausstanden, da eben manche *trotz aller Vermöglichkeit nichts zu zahlen*

„begehren“. Allerdings bestand durchaus die Hoffnung, dass die *Vermöglichen* noch bezahlen würden. Weitaus schwieriger gestaltete sich dagegen die Sache bei den *jetzt schon zweifellos unvermöglichen Genossenschäftern*, deren Betrag mit 15 000 M zu Buche schlug und v. a. der *Schwachvermöglichen*, die 60-65 000 M zu erbringen hatten. Clemens schlug ein Vermittlungsverfahren vor, das der letztgenannten Gruppe in der oben bereits beschriebenen Weise entgegen kam. Dies sollte dafür sorgen, dass endlich wieder die *Saat des Friedens und der Versöhnung* in Backnang Einzug halten würde. Einem angedrohten Prozess sah Clemens zunächst einmal gelassen entgegen, *weil man noch nicht weiß, ob das Gespenst überhaupt Leib und Leben bekommt*. Sollte dieser Fall jedoch eintreten, müsse man den Richterspruch abwarten, *der – soviel kann man vorhersagen, ohne Prophet zu sein, für keinen Theil ganz nach Wunsch ausfallen wird.*¹⁰³

Weitere Auszahlungen an die Gläubiger

Mit dem gerichtlich anerkannten Verteilungsplan kam endlich wieder Schwung in die ganze Sache. Bis April 1877 hatten die Genossenschafter so viel Mittel aufgebracht, dass von 1. bis 3. Mai d. J. zumindest 60 % der noch ausstehenden Forderungen an die Gläubiger ausbezahlt werden konnten.¹⁰⁴ Trotzdem blieb die Enttäuschung gegenüber dem Verhalten der Vorstand- und Ausschuss-Mitglieder der ehemaligen Gewerbebank bei vielen Genossenschäftern immer noch riesengroß. Ihren Frust zum Ausdruck brachten einige Genossenschäftern mit einer Anzeige im „Murrthal-Boten“, die mit *Danksagung* überschrieben war: Voll bitterer Ironie dankte man dem *umsichtsvollen Aufsichtsrat der Backnanger Gewerbebank, hauptsächlich dem Controleur und Direktor derselben*, deren *strengen und gewissenhaften Kontrolle* es zu

¹⁰¹ MB vom 22. Februar 1877, S. 88.

¹⁰² Mit Wirkung vom 1. Juli 1875 war in Württemberg die neue reichseinheitliche Währung „Mark“ (= Goldmark) eingeführt worden, wobei die Umrechnung nach dem Verhältnis *von sieben Gulden zu zwölf Mark* erfolgte. Reg.-Bl. Württ. 1875, S. 160f. Damit entsprachen die hier angeführten 170 000 M rund 293 100 fl.

¹⁰³ MB vom 27. Februar 1877, S. 96.

¹⁰⁴ MB vom 5. April 1877, S. 155.

verdanken sei, daß der Schaden sich nicht mehr als auf eine halbe Million Mark belaufen hat.¹⁰⁵

Bis Sommer 1877 wurden zwar weitere Beträge ausbezahlt, so dass sich das Defizit zu diesem Zeitpunkt auf „nur“ noch rund 45 000 M belief, die von der Kommission im Wege der Exekution beigetrieben werden mussten. Allerdings stand bereits fest, dass davon ca. 15 000 M von gänzlich unbemittelten Mitgliedern in Form einer Nachumlage aufgebracht werden mussten, für die man einen weiteren Verteilungsplan entwarf. Verhalten optimistisch hoffte man, dass bis Frühjahr nächsten Jahres die Gewerbebankangelegenheit endlich geklärt sei.¹⁰⁶

Allerdings stand weiterhin eine Regressklage im Raum, die eine endgültige Erledigung natürlich erheblich zu verzögern drohte.

Ein Jahr nach der Auszahlung im Rahmen des ersten Verteilungsplans gelangten Anfang Mai 1878 weitere 30 Prozent der in dem Gante der Gewerbebank unbefriedigt gebliebenen Forderungen (oder 70 Prozent der dermaligen restlichen Forderungen) zur Auszahlung.¹⁰⁷ Damit war klar, dass die Hoffnungen des vergangenen Jahres, die Gewerbebankaffäre endgültig abschließen zu können, sich erneut nicht erfüllt hatten. Vielmehr verhärteten sich die Fronten zunehmend, da die Verfechter einer Regressklage nun Ernst machten.

Einreichung einer Regressklage

Die Befürworter einer Klage gründeten ebenfalls ein Comité und forderten alle Genossenschafter auf, falls sie in dieser Prozeßsache sich mitbetheiligen wollen, spätestens bis 27. Juni 1878 mit ihrem Einlagebüchlein beim aufgestellten Mitglied Peter Vincon (1822 bis 1905) vorzusprechen.¹⁰⁸ Gleichzeitig beauftragte man den geprüften Notariats- und Verwaltungs-Candidat Karl Herbst, der bereits die Liquidation der

Canstatter Spar- und Vorschuß-Bank durchgeführt hatte, mit der Durchsicht der Bücher und Akten der ehemaligen Gewerbebank. Herbst legte sein Gutachten im September 1878 vor und listete darin sämtliche Unterschlagungen Müllers auf. Insgesamt kam er bei seiner Zusammenstellung auf eine Gesamtsumme von 285 048 fl 14 kr. Abziehen konnte man davon den bei den verschiedenen Zwangsversteigerungen gegen Albert Müller erzielten Erlös, der mit 140 372 fl 50 kr zu Buche schlug. Rechnete man noch einen Jahreszins à 5 % hinzu, ergab sich im Herbst 1878 ein Endresultat von 152 853 fl 26 kr (= 262 034 M 47 Pf), die den insgesamt 27 Vorstands- und Ausschussmitgliedern der ehemaligen Gewerbebank entsprechend der Dauer ihrer Amtszeiten angelastet wurden. Demnach trugen die ehemaligen Funktions-träger Verantwortung für Einzelsummen zwischen 54 fl und 13 000 fl. Diese Summen reduzierten sich allerdings um mehr als die Hälfte, da „nur“ 132 Genossenschafter klagten. Letztlich sollten die beklagten Vorstands- und Ausschussmitglieder für die Summe von 71 501 fl 37 kr (= 122 574 M 25 Pf) einstehen.¹⁰⁹ Dies bedeutete beispielsweise für den Kaufmann Louis Vogt, Ausschuss- und Vorstandsmitglied der ehemaligen Gewerbebank von 1868 bis 1874, dass er auf Schadensersatz von immerhin noch 10 561 M 26 Pf verklagt wurde – für Vogt, der zu diesem Zeitpunkt eine jährliche Gewerbesteuer von 8 111 M zu entrichten hatte, sicher keine zu verachtende Summe.¹¹⁰

Am 22. September 1878 schlossen insgesamt 132 frühere Mitglieder der Gewerbebank, die sich für eine Klage entschieden hatten, eine Übereinkunft. Danach wurde ein siebenköpfiges Processcomité mit Konditor Wilhelm Henninger (1821 bis 1894)¹¹¹ an der Spitze ins Leben gerufen, das die gerichtliche & außergerichtliche Vertretung der sämtlichen Beteiligten nach jeder Richtung wahrnehmen sollte.

¹⁰⁵ MB vom 1. Mai 1877, S. 198.

¹⁰⁶ MB vom 9. Juni 1877, S. 264.

¹⁰⁷ MB vom 13. April 1878, S. 177 u. 27. April 1878, S. 198.

¹⁰⁸ MB vom 22. Juni 1878, S. 294; Oertel (wie Anm. 3), S. 254 (Nr. 6514).

¹⁰⁹ StAB Bac H 021-10.

¹¹⁰ StAB Bac S 046-30, S. 194f.

¹¹¹ Oertel (wie Anm. 3), S. 106 (Nr. 4532).

An die

Civilkammer des Königl. Kreisgerichtshofs

in

Heilbronn.

Klage

des

Rechtsanwalts Dr. Kielmeyer in Stuttgart

Namens des

Karl Armbruster in Backnang und Genossen
Kläger

gegen

Carl Weismann, Kaufmann in Backnang & Genossen
Beklagte.

Ersatz-Ansprüche aus Verlusten bei der
Gewerbebank Backnang betr.

Stuttgart, den 19 Oktober 1878.

Mit Beilagen 2—5.

Titelblatt der Klage gegen die ehemalige Gewerbebank Backnang vom 19. Oktober 1878.

Die Kläger erklärten sich auch bereit, sämtliche anfallende Kosten zu übernehmen und mussten sofort 5 M und in vier Wochen weitere 5 M an das *Processcomité* entrichten.¹¹² Mitte Oktober 1878 reichte schließlich Rechtsanwalt Dr. Kilmeyer aus Stuttgart die Klage bei der *Civilkammer des Königl. Kreisgerichtshofs in Heilbronn* ein und öffnete damit ein weiteres Kapitel in der nicht endenwollenden Geschichte der Gewerbebank Backnang.¹¹³

Immer noch kein Ende in Sicht

Am 15. Januar 1879 trafen sich die 132 *Bank-Prozeß-Mandanten* zu einer General-Versammlung im Saal der Gaststätte „Engel“.¹¹⁴ Betrachtet man sich die Gruppe der Kläger etwas genauer, von denen 126 aus Backnang selbst stammten, fällt auf, dass zwar auch so bekannte Bürger wie die beiden Volksschullehrer Gottlieb Friedrich Belser und Johann Jakob Fauth (1828 bis 1908)¹¹⁵ dabei waren, die große Mehrheit jedoch zu der Schicht der kleinen Handwerker gehörte, die jede Mark benötigten, um ihre Existenz sichern zu können.¹¹⁶ Kaum einer von ihnen lag bei der jährlichen Gewerbesteuer über 1 000 M, sondern eher deutlich darunter, während beispielsweise der größte Gewerbesteuereinzahler, Lederfabrikant Friedrich Kaess, im Jahr 1878 stolze 13 383 M entrichtete.¹¹⁷

Für die Kläger bestand nach dem Zusammenbruch der Gewerbebank ein doppeltes Problem, das letztlich den Ausschlag zugunsten einer Klage gegeben hatte: Sie verloren nämlich nicht nur ihre Einlagen, sondern mussten zusätzlich einen nicht unerheblichen Betrag leisten, um das Defizit der Bank mitzutragen. Im konkreten Fall hatte dies zur Folge, dass zu der verlorenen Einlage noch eine über drei Mal so hohe *Defizit-*

Einzahlung hinzukam. So drohte beispielsweise dem Gastwirt „zum grünen Baum“ Karl Friedrich Vischer (1812 bis 1887)¹¹⁸, der bereits seine Einlage von 500 M verloren hatte, ein Beitrag zur Deckung des Defizits von 1 800 M.¹¹⁹

Während es also für die Kläger um die bloße Existenz ging, gehörten die 27 beklagten Vorstands- und Ausschuss-Mitglieder der ehemaligen Gewerbebank, darunter auch der oben genannte Friedrich Kaess, eindeutig zu den Bessergestellten in Backnang, die ohne größere Probleme und ohne langwierigen Prozess die ganze Sache schnell aus der Welt hätten schaffen können. Deshalb kann es nicht verwundern, dass wieder Stimmen laut wurden, die forderten, dass sich die Prozessgegner in einem außergerichtlichen Vergleich einigen sollten, *damit die aufgeregten Gemüther beschwichtigt und dafür Friede geschaffen wäre, was unsere Stadt wohl braucht und unnötige Kosten beidertheils erspart blieben.*¹²⁰ Man appellierte zum wiederholten Male an die Vernunft der beiden Parteien: Die früheren Ausschussmitglieder wurden aufgefordert, *auch wenn Ihr in Eurem Innern keiner Schuld bewußt seid, daß Ihr im Interesse der Eintracht und des Bürgerfriedens ein Opfer zu bringen gewillt seid.* Im Gegenzug sollten die Kläger *die dargebotene Hand ergreifen und einer Vermittlung zustimmen, die verhindern würde, dass der ungewisse Ausgang eines langwierigen Prozesses Feindschaft auf Kind und Kindskinder verpflanze.*¹²¹ Mehr oder weniger direkt wurde der im Jahr zuvor neugewählte Stadtschultheiß Emil Gock (1829 bis 1911)¹²² in eine Vermittlungsrolle gedrängt, die er jedoch öffentlich ablehnte.¹²³ Vermutlich schätzte er die verfahrenere Situation und seine begrenzten Einflussmöglichkeiten auf die zerstrittenen Parteien durchaus realistisch ein.

¹¹⁵ Oertel (wie Anm. 3), S. 67 (Nr. 4007).

¹¹⁶ StAB Bac H 021-10.

¹¹⁷ Bac S 046-30, S. 85. Zur 1875/75 in der Gartenstraße erbauten Lederfabrik von Friedrich Kaess siehe: Rudolf Kühn: Die Frühzeit der Industrie in Backnang (1832 bis 1918), 8. Teil. – In: Backnanger Jahrbuch Bd. 11, Backnang 2003, S. 129-144.

¹¹⁸ Oertel (wie Anm. 3), S. 73 (Nr. 4077/78).

¹¹⁹ StAB Bac H 021-10.

¹²⁰ MB vom 16. Januar 1879, S. 22.

¹²¹ MB vom 18. Januar 1879, S. 27.

¹²² StAB Bac E 010-2, Nr. 943.

¹²³ MB vom 23. Januar 1879, S. 34.

Zweiter Verteilungsplan

Am 8. Mai 1879 erklärte das Oberamtsgericht Backnang den zweiten Verteilungsplan für vollstreckbar und Mitte Juni d. J. wurden die Zahlungsbefehle zugestellt. Allerdings weigerten sich die klagenden Genossenschafter, die Forderungen anzuerkennen, *da der gegenwärtig anhängige Prozeß der Genossenschaftsmitglieder mit den ehemaligen Ausschußmitgliedern der Gewerbebank noch nicht entschieden ist*. Da ihnen mit Zwangsexekution gedroht wurde, mussten sie jedoch nachgeben und sich zur Zahlung bereit erklären.¹²⁴ Ungerecht behandelt fühlten sich nun wieder die nicht prozessierenden Mitglieder: Offenbar waren die Vorstands- und Ausschussmitglieder der ehemaligen Gewerbebank durchaus bereit gewesen, die beiden Umlagen zu bezahlen, allerdings unter der Bedingung, dass *auf weitere Ansprüche verzichtet würde*. Da dies von den klagenden Genossenschaftern jedoch *wiederholt* zurückgewiesen worden war, verlangten nun die nicht prozessierenden Mitglieder, dass diese wenigstens *die Restumlage der weniger bemittelten, nicht klagenden Mitglieder vorerst* übernehmen sollten.¹²⁵

Anfang 1880 war die 2. Defizit-Umlage abgerechnet, wobei sich sogar ein kleiner Überschuss ergab, der an die Mitglieder ausgezahlt wurde.¹²⁶ Zudem gab es im Mai 1880 von der württembergischen Vereinsbank in Stuttgart noch 1 500 M Dividenden aus 25 Stück ostpreußischen Südbahnactien, die aus der Gantmasse von Albert Müller stammten und unter den Genossenschaftern, *die an der zweiten Defizitumlage Theil nehmen mußten*, verteilt wurden.¹²⁷

Niederschlagung der Klage

Am 11. Juni 1880 fand schließlich vor der Zivilkammer des Kreisgerichtshofes in Heilbronn die Verhandlung statt, die jedoch mit einer Niederlage der Kläger endete. In einer Mitteilung des Prozesskomitees war die Enttäuschung entsprechend groß: *Der Kampf war zu ungleich; auf der einen Seite die Macht, u. der andern Seite die Gemaßregelten. Einzig allein daher rührt leider unser ungerechter Mißerfolg. Wenn Eure Vorstände und Controleure nur den hundertsten Theil unserer Pflichttreue und unserer Thätigkeit angewandt hätten, so wäre ein so unheilvoller Krach unmöglich gewesen. Für uns, die wir mit Aufopferung an der Sache gearbeitet haben, ist der Mißerfolg viel trauriger und peinlicher, als für die übrigen Mitglieder. Wir fügen uns aber männlich in das Unvermeidliche, in der festen Ueberzeugung, daß die Gemaßregelten eines Tages dennoch am besten daran sind*.¹²⁸

Allerdings war man keineswegs gewillt, so einfach klein bei zu geben und ging in die Berufung vor das Oberlandesgericht, die am 16. März 1881 statt fand und mit einer weiteren Niederlage der Kläger endete.¹²⁹ Bei den Vorstands- und Ausschussmitgliedern sowie den nicht klagenden Genossenschaftern der ehemaligen Gewerbebank wurde der Ausgang des Rechtsstreites mit Genugtuung aufgenommen: *Diejenigen, welche sich von einigen Agitatoren haben verleiten lassen der Klage beizutreten, werden es nun bereuen, daß sie zum Dank für ihre Bereitwilligkeit nun auch noch an den nicht unbedeutenden Kosten mitzahlen sollen. Völliges Unverständnis herrschte allerdings darüber, dass bei einigen dieser Unverbesserlichen Lust vorhanden sei, die Sache weiterverfolgen zu wollen*.¹³⁰ Tatsächlich beriet sich der

¹²⁴ StAB Bac J 022-23, Bü. 96 u. 104.

¹²⁵ MB vom 8. Juli 1879, S. 310.

¹²⁶ MB vom 3. Februar 1880, S. 58.

¹²⁷ MB vom 27. Mai 1880, S. 245.

¹²⁸ StAB Bac J 022-23, Bü. 121.

¹²⁹ Ebd.

¹³⁰ MB vom 16. April 1881, S. 179.

R. Oberamtsgericht Badnang.

Gläubiger-Vorladung in Gantsachen.

In nachgenannten Gantsachen wird die Schuldenliquidation und die gefällig damit verbundenen Verhandlungen an dem unten bezeichneten Tagen und Orten vorgenommen, wozu die Gläubiger durch vorgeladen werden, um entweder in Person oder durch geböhrig Bevollmächtigte, oder auch, wenn voraussichtlich kein Anstand obwaltet, durch schriftliche Recluse ihre Forderungen und Vorzugsrechte geltend zu machen und die Beweismittel dafür, soweit ihnen solche zu Gebot stehen, vorzulegen.

Diejenigen Gläubiger, welche weder in der Tagfahrt noch vor derselben ihre Forderungen und Vorzugsrechte anmelden, sind mit denselben kraft Gesetzes von der Masse ausgeschlossen. Auch haben solche Gläubiger, welche durch unterlassene Vorlegung ihrer Beweismittel eine weitere Verhandlung verursachen, die Kosten derselben zu tragen.

Die bei der Tagfahrt nicht erschienenen Gläubiger sind an die von den er-

scheinenden Gläubigern gefaßten Beschlüsse bezüglich der Erhebung von Einmündungen gegen den Güterpfleger oder Gantsanwalt, der Wahl und Bevollmächtigung des Gläubigerausschusses, der Verwaltung und Veräußerung der Masse und des etwaigen Actioprocesses gebunden. Auch werden sie bei Borg- und Nachlassvergleichen als der Mehrheit der Gläubiger ihrer Kategorie beitretend angenommen.

Das Ergebnis des Liegenchaftsverkaufs wird nur denjenigen bei der Liquidation nicht erscheinenden Gläubigern besonders eröffnet werden, deren Forderungen durch Unterpfangd verpfändet sind und zu deren voller Befriedigung der Erlös aus ihren Unterpfändern nicht hinreicht. Den übrigen Gläubigern läuft die gesetzliche 15tägige Frist zur Weibringung eines besseren Käufers in dem Fall, wenn der Liegenchaftsverkauf vor der Liquidationstagfahrt stattgefunden hat, vom Tage der Liquidation an, und wenn der Verkauf erst nach der Liquidation vor sich geht, von dem Verkaufstag an. Als besserer Käufer wird nur derjenige betrachtet, welcher sich für ein höheres An-

bot sogleich verbindlich erklärt und seine Zahlungsfähigkeit nachweist.

Donnerstag den 9. Mai 1878,
Christof Geiß, Maurer in Schönbrenn

Montag den 20. Mai d. J.,
Vormittags 9 Uhr.
Rathhaus zu Grab.

Der Liegenchaftsverkauf findet am gleichen Tage, Vormittags 8 Uhr, auf dem Rathhaus zu Grab statt.

Gottlieb Stark, ledigen Metzgers und Wirths von Oppenweiler

Donnerstag den 16. Mai 1878,
Vormittags 9 Uhr,
Rathhaus zu Oppenweiler.

Der Liegenchaftsverkauf findet am Dienstag den 23. April, Nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathhaus zu Oppenweiler statt.

Karl Friedr. Käp, Rothgerber und Unterhändler von hier, entwichen.

Donnerstag den 23. Mai 1878,
Vormittags 8 Uhr.
Rathhaus zu Badnang.
Liegenchaft ist nicht vorhanden.

David Dettinger sen., Rothgerber hier,

Freitag, 31. Mai 1878,
Vormittags 8 Uhr,
Rathhaus zu Badnang.

Der Liegenchaftsverkauf findet am Dienstag den 30. April, Vorm. 9 Uhr, auf dem Rathhaus zu Badnang statt.

Badnang den 3./14. März 1877.
R. Oberamtsgericht.
Clemens.

Badnang.

Die Raths- und Anlage-Kammer des R. Kreisgerichts Heilbronn hat unter dem 14. d. M. die Wiederaufhebung der gegen den gewesenen Lebrgehilfen Johann Karl Weber von Niemersbach wegen Verletzung der Wehrpflicht, den 30. Sept. v. J. angeordneten Vermögens-Beschlagnahme beschlossen und wird dieß zu öffentlicher Kenntniß gebracht.
Den 18. März 1878.

R. Oberamtsgericht,
Zeller, J.-M.

Eine der zahllosen Zwangsversteigerungen gegen Handwerker aus Backnang und der näheren Umgehung im Jahr 1878 (MB vom 21. März 1878).

Vorsitzende des *Processcomités* Wilhelm Henninger mehrmals mit den Anwälten, ob man das letzte, nur nach bestimmten, eng begrenzten Voraussetzungen mögliche Rechtsmittel der *Nichtigkeitsklage* benutzen sollte, was schließlich jedoch verworfen wurde.¹³¹

Katastrophale Auswirkungen auf kleine Gewerbebetriebe

Letztlich erreichten die Kläger keines ihrer angestrebten Ziele: Wie die übrigen Genossenschaftler der ehemaligen Gewerbebank erhielten sie weder ihre verlorenen Einlagen noch die Beträge, die für das Defizit umgelegt worden waren, wieder zurück. Außerdem mussten sie jetzt noch zu allem Überfluss die Prozesskosten übernehmen, wozu sie sich per Unterschrift vor Einreichung der Klage verpflichtet hatten.¹³² Auch wenn den ehemaligen Vorstands- und Ausschussmitgliedern durch den Ausgang des Processes noch größere Verluste erspart blieben, verloren sie ebenfalls ihre Einlagen und mussten die Kosten der beiden Defizit-Umlagen mittragen. Allerdings fiel es ihnen natürlich wesentlich leichter,

solche Verluste wegzustecken, als den kleinen Gewerbetreibenden, von denen nicht wenige Konkurs anmelden mussten.

Betrachtet man sich das 1877 erstmals angelegte *Ortsgewerbekataster* der Stadt Backnang, in dem die Gewerbetreibenden mit der Höhe der entrichteten Gewerbesteuer bis ins Jahr 1881 verzeichnet sind, ergeben sich interessante Einblicke: Lag beispielsweise im Jahr 1877 die Zahl der Rotgerber noch bei 137, sank sie bis ins Jahr 1881 auf 94, d. h. rund 30% der Gewerbetreibenden dieser Branche stellten in der Zeit ihren Betrieb ein.¹³³ Bei ihnen handelte es sich fast durchweg um kleine Einmannbetriebe, deren geringes Gewerbesteueraufkommen nahe legt, dass sie dauernd um ihre Existenz kämpfen mussten. Kamen nun noch Krisen wie der Zusammenbruch der Gewerbebank mit all seinen Folgeerscheinungen hinzu, waren die Konkurse quasi vorprogrammiert.

Entsprechend erfolgte in den Jahren nach dem Zusammenbruch der Gewerbebank ein signifikanter Anstieg der Konkurse im Oberamt Backnang, wobei v. a. das Handwerk in Backnang selbst zunehmend stärker betroffen war¹³⁴:

¹³¹ Ebd. Zu den rechtlichen Möglichkeiten der Berufung und der Nichtigkeitsklage siehe die 1869 im Königreich Württemberg in Kraft getretene *Civilprozeßordnung*. Reg.-Bl. Württ. 1868, S. 141a-165a.

¹³² StAB Bac J 022-23, Bü. 121.

¹³³ StAB Bac S 046-30, S. 64-104.

¹³⁴ Die folgenden Zahlen wurden in einer Auswertung des „Murrthal-Boten“ ermittelt, in dem die *Schuldenliquidationen in Gantsachen* jeweils veröffentlicht wurden.

Im Jahr 1874 mussten im Oberamt Backnang insgesamt 20 Betriebe, darunter gerade einmal vier Backnanger Handwerker, Konkurs anmelden. Ein Jahr später stieg die Zahl der Konkurse auf 24, wobei der Anteil der Backnanger Handwerker nun bereits 13 betrug. Auch in den kommenden beiden Jahren gab es ein vergleichbares Verhältnis: 1876 insgesamt 22 Konkurse, davon 14 Backnanger; 1877 28 Konkurse, davon wiederum 14 in Backnang. In den Jahren 1878 und 1879 kam es zu einer weiteren Steigerung der Konkurse, was sicher zu einem großen Teil auf den Zusammenbruch der Gewerbebank zurückgeführt werden kann, deren Defizit in diesen Jahren auf die betroffenen Genossenschafter umgelegt wurde. 1878 gingen insgesamt 44 Handwerker und Landwirte im Oberamt Backnang in Konkurs, davon stammte genau die Hälfte aus Backnang. Ein Jahr später stieg die Zahl sogar noch auf 48, wobei nun „nur“ noch 13 Backnanger Handwerker betroffen waren. Insgesamt gingen in den Jahren 1874 bis 1879 also 79 Backnanger Handwerksbetriebe in Konkurs, darunter mehr als die Hälfte aus dem Gerbergewerbe. Da in den Jahren 1872 und 1873, also kurz vor Bekanntwerden der Unterschlagungen von Albert Müller die Zahl der Konkurse bei 6 bzw. 15 lag, dürfte die anschließende Steigerung nicht unerheblich mit dem Zusammenbruch der Backnanger Gewerbebank zu tun gehabt haben.

Gereiztes Klima in der Stadt

Neben den oben genannten, für die betroffenen Handwerker zutiefst dramatischen Auswirkungen, gab es noch ein weiteres, nicht unerhebliches Problem, das sich im Gefolge der Gewerbebank-Affäre zuspitzte: Die Gruppe der ehemaligen Genossenschafter

war durch die Auseinandersetzungen und den fehlgeschlagenen Gerichtsprozess deutlich zerstritten, was sich nicht zuletzt auf das allgemeine Geschäftsklima und den gesellschaftlichen Frieden in Backnang auswirkte. Aufgabe für die Zukunft musste es deshalb sein, die vergiftete Atmosphäre in der Stadt zu beseitigen, die durch die *ewigen Hetzereien* der verfeindeten Parteien untereinander fast in einen *Bürgerkrieg* ausgeartet war. Im „Murralt-Bote“ wurde deshalb mit dramatischen Worten an die Vernunft der zerstrittenen Gruppierungen appelliert: *Soll denn diese offene Wunde in Backnang gar nicht zur Heilung kommen können und immer wieder neue Mittel versucht werden, die Eiterung künstlich zu unterhalten, bis zuletzt eine Schließung der Wunde unmöglich ist? Kann denn nicht auch einmal diese leidige Sache, die schon soviel Zwietracht und Unheil in Backnang angerichtet hat, ihr Ende erreichen und wäre es nicht viel besser, man würde die Verluste verschmerzen und zu vergessen suchen, statt immer noch weiter hervorzu-rufen und die Bürger gegeneinander auf-zuhetzen?*¹³⁵

Wenn man sich vor Augen hält, dass von der Aufdeckung der Unterschlagungen 1874 bis zur endgültigen gerichtlichen Klärung im Jahr 1881 insgesamt sieben (!) Jahre vergingen, dürfte auch die psychologische Bewältigung dieser Affäre nicht von heute auf morgen geschafft worden sein. Letztlich deutete sich hier schon eine Entwicklung an, die im weiteren Verlauf des Kaiserreichs prägend für die Oberamtsstadt Backnang werden sollte – die nahezu unversöhnliche Spaltung der Gesellschaft in eine kleine, wohlhabende Oberschicht und die große Masse der kleinen Handwerker und Arbeiter, die täglich um ihre Existenz kämpfen mussten.¹³⁶

¹³⁵ MB vom 16. April 1881, S. 179.

¹³⁶ Vgl. dazu: Rolf Königstein: Backnang von 1900 bis 1918: Eine Oberamtsstadt im Königreich Württemberg (Teil 1). – In: Backnanger Jahrbuch 14, Backnang 2006, S. 121-171.